Krakauer Zeitung.

Nr. 38. Freitag den 16. Februar 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den k. k. Hofrath Rudolf Hübner als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. Februar d. J. dem Postmeister Emerich von Madocsányi in Rosenberg in Anerkennung seiner vieljährigen und treuen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. Februar d. J. dem Matrosen dritter Classe Alois Zennaro für die bei der Strandung eines russischen Schooners an der Sulina-Mündung mit Lebensgefahr bewirkte Rettung mehrerer Menschen vom Wellentode das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der königl. ungarische Hofkanzler hat den Alexander Grafen Csáky zum Honorärhofconceptsadjuncten der ungarischen Hofkanzlei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Der Adreßentwurf der Dreißiger-Commission, schreibt unser Wiener △-Correspondent, liegt nun in den Händen der Reichsbewohner. Der Schritt zur Einleitung der Ausgleichsverhandlung ist geschehen und der mit der zweiten Adresse vom Jahre 1861 als zerrissen erklärte Faden der landtäglichen Unterhandlungen ist nun wieder dort angeknüpft worden, wo er zerrissen war. Man wird wohl nicht behaupten können, daß die Hoffnungen auf einen Ausgleich durch diese erste Kundgebung und Präcisirung des ungarischen Standpunctes hinaufgestimmt worden waren, allein man wird wenigstens das nicht leugnen können, daß die Möglichkeit eines Ausgleichs aufrecht erhalten ist und daß der Weg zum Ausgleiche offen gehalten wird. Ja die Adresse gibt mit deutlich wahrnehmbarer Absichtlichkeit der Verhandlung Raum; sie ist gleichsam, um uns eines juridisch-technischen Ausdrucks zu bedienen, eine Einrede, die von dem Charakter einer Schlußschrift noch weit entfernt ist. Nehmen wir nun in Betracht, daß der Landtag das erste und nicht das letzte Wort gesprochen, so glauben wir auf diesen Umstand einen gewissen Grad von Hoffnung bauen zu dürfen. Und in wie vielen Beziehungen auch die Adresse mit der Thronrede vom 14. December im Widerspruche stehen mag, darin stimmen beide Manifestationen überein: daß die Ausgleichung des Verfassungsconflictes und die Krönung des Königs als die Ziele bezeichnet werden und daß die pragmatische Sanction als der Ausgangspunct aller dahin strebenden Unterhandlungen anzusehen ist. Der 1866er Adreßentwurf lehnt sich allerdings an die Adresse von 1861 an; dennoch ist zwischen beiden ein großer Unterschied wahrnehmbar. Schon der Ton des Adreßentwurfes weicht von der 1861er Adresse wesentlich ab und die Forderungen von 1861 werden heute im Tone ehrfurchtsvoller Vorstellungen und zum Theile im Tone der innigen Bitte vorgetragen. Die reine „Personal-Union" findet in dem 1866er Adreßentwurfe keinen Ausdruck und es wird auch das Zugeständniß gemacht, daß die gemeinsamen Angelegenheiten nicht „von Fall zu Fall", sondern perennirend pertractirt werden müssen. Was den Inhalt der Adresse betrifft, so kann die Regierung durch die Adresse weder überrascht, noch beunruhigt worden sein, da sie ja in der Adresse die Basis für den reellen Ausgleich findet. Allerdings muß sie die Fahne der Reichseinheit hoch halten und diesen ihren Standpunct energisch wahren, umsomehr, als darauf in der Adresse wenig Rücksicht genommen wurde und die Regierung mit jenen Stellen der Adresse, in welcher das Land Ungarn als ein souveränes Land dargestellt wird, das mit den westlichen Ländern wieder als souveränen Ländern pactiren oder Berührungspuncte suchen will, nicht einverstanden sein kann. Was die Bitten Ungarns betrifft, so culminiren diese hauptsächlich in drei Puncten: Parlamentarische Regierung, verantwortliches Ministerium und verfassungsmäßige Widerherstellung der Municipien. In Belang des ersten Punctes kann kein Zweifel obwalten und steht dieser Punct außer aller Frage. Die Errichtung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums und die gleichzeitige Wiederherstellung der Municipien erscheint uns aber als eine pure Unmöglichkeit. Diese beiden Institutionen, das Ministerialsystem und das Municipalsystem sind unvereinbarlich und heben sich gegenseitig auf und kein Ministerium kann eine Verantwortlichkeit übernehmen, weder gegenüber der Krone, noch gegenüber dem Landtage, wenn und so lange es einer Reihe von Körperschaften gegenüber steht, die Kraft ihrer Autonomie seine Beschlüsse ausführen oder nicht ausführen, die seine Verfügungen respectiren oder bei Seite legen dürfen. Ein verantwortliches Ministerium ist überhaupt nur dann denkbar, wenn die einzelnen Organe der Verwaltung wiederum ihm verantwortlich sind, wenn sie seinen Anordnungen unbedingt Folge leisten müssen und es ist somit einleuchtend, daß diese beide Forderungen sich gegenseitig abstoßen, daß eine so unbeschränkte Municipalfreiheit, wie die altungarische war, neben einem verantwortlichen Ministerium füglich nicht bestehen könne und daß vor allem die Thätigkeitssphäre des Ministeriums genau festgestellt und abgegränzt werden müßte, bevor die Action der Municipien bestimmt werden könnte. Uebrigens steht die Frage der gemeinsamen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten so entschieden im Vordergrund und an der Spitze aller eventuellen Entscheidungen, daß bevor sie gelöst wird, weder von der Bildung eines verantwortlichen Ministeriums noch von der Comitatsfreiheit die Rede sein kann. Was speciell die Freiheit der Municipien betrifft, so könnten Regierung und Landtag nur dann definitiv darauf eingehen, wenn man den Standpunct vom Jahre 1848 aufgeben oder wenigstens bedeutend modificiren wollte. Uebrigens bestimmte auch der §. 1 des XVI. Gesetz-Artikels vom Jahre 1848 ausdrücklich, das Ministerium solle über die Organisirung der Comitatseinrichtung auf Grund der Volksvertretung dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen. Dies ist bis heute nicht geschehen und Deák hatte daher nicht mehr im Sinne, als seinerseits der Klage über den bisherigen Nichtvollzug dieses Gesetzes Ausdruck zu geben. Wir wollen nicht fragen, ob die Regierung es darauf ankommen lassen kann, mit der Wiederherstellung der Comitatseinrichtungen Tribünen im Lande aufzurichten, die falls der Ausgleich nicht geriethe, legalisirte Agitation treiben und durch das Gesetz, welches sie schuf, auf ein verantwortliches Ministerium hingewiesen, einer Hofkanzlei nach dem jetzigen Status gewiß nicht als Stütze dienen würden. Soviel ist gewiß, daß die Regierung, die nach den beiden Artikeln in der „Wr. Abdp.", wenn man sie, wie sie factisch mißverstanden wurden, nicht mißverstehen will, die gleichzeitige Aufrichtung zweier sich selbst aufhebender Institutionen, namentlich des Ministerial- und Municipalsystems für eine Unmöglichkeit hält, auf die im avitischen Rechte begründeten municipalen Freiheiten einen besondern Werth legt und ihrer Wiederaufrichtung zum Segen und Heile der Nation keineswegs abgeneigt ist. Kann aber die Regierung, fragen wir, ein Ministerium in's Leben rufen, dessen Wirkungskreis nicht gehörig abgegränzt ist? Müßten nicht früher die 1848er Gesetze revidirt und diese Gränzen erst bezeichnet werden? Zu welchen Consequenzen die Unfertigkeit der 48er Gesetze, ein nicht definirter und begränzter Wirkungskreis eines Ministeriums dem Reiche gegenüber geführt haben, haben wir leider im J. 1848 erfahren und darum können wir der Regierung die Wiederholung eines Experiments, das von so traurigen Folgen begleitet war, nicht anrathen und wir glauben auch, daß der Landtag nicht der Meinung sein kann, daß ein verantwortliches Ministerium und gleichzeitig die Wiederherstellung der Municipien concedirt werden werde, bevor es gelungen ist, die in der 46. Alinea des Adreßentwurfes angedeuteten Schwierigkeiten und Verwickelungen zu heben und zu lösen. Der Trost, den uns die Adresse bietet, daß der Landtag schon das Ministerium gegenüber den Schwierigkeiten der Comitatsherrschaft unterstützen, überhaupt bezüglich mancher nothgedrungenen Gewalt-Mittel des selbstständigen verantwortlichen Ministeriums ein Auge zudrücken werde, — dieser Trost scheint uns ganz unwürdig einer Nation und einer Versammlung, die soeben wieder mit historischem Aplomb die strenge Rechtsform und die altconstitutionelle Regierungsweise zu wahren und als unbedingt nothwendig hinzustellen sucht. Wie gesagt, dieser Adreßentwurf ist nicht die Adresse selbst, nicht das letzte Wort oder der Ausgleich selbst. Auf die Adresse wird als Antwort das königl. Rescript erfolgen und dieses wird nicht nur darlegen, warum von einer sofortigen Gewährung der Bitten des Landtages nicht die Rede sein könne, sondern auch den Landtag auffordern, zunächst zur Beseitigung der von ihm selbst anerkannten vielen Schwierigkeiten und zur behutsamen Lösung der constatirten Verwickelungen die Hand zu bieten und wir glauben, daß der Landtag im Vollgefühl seiner Verantwortlichkeit sowohl gegenüber dem Reiche, als dem eigenen Lande, das den Ausgleich will, sich dieser Aufforderung nicht entziehen werde und wir sind zugleich überzeugt, daß dann erst der Moment gekommen sein wird, die Gewährung dessen, um was nun der Landtag bittet, zum Gegenstande der Erörterung zu machen. Wir sehen, daß die entscheidende Grundlage der Verhandlungen das königl. Rescript auf die Adresse sein wird und in diesem Rescript wird sich die Stellung und die Pflicht der Regierung kundgeben müssen, Ungarn zu geben was Ungarns, dem Reiche aber, was des Reiches ist.

Das „Fremdenblatt" schreibt: Wie uns von verläßlicher Seite versichert wird, entbehren die seit vorgestern verbreiteten Ministergerüchte jeder thatsächlichen Grundlage und ist die Uebereinstimmung der Cabinetsmitglieder eine vollständige, wie sehr auch äußerliche Symptome den Schein einer Meinungsverschiedenheit erwecken. Für ein solches System hätte aber die Redressirung des kürzlichen „Abendpost"-Artikels gehalten werden können, wenn der heutige Artikel desselben Blattes nicht wieder ein Zurückgreifen auf den in dem vorletzten eingenommenen Standpunct bekunden würde. Man sieht aus alledem, daß die Frage noch nicht spruchreif ist. In dieses Stadium wird sie erst treten, wenn die Adresse wirklich votirt sein wird, und auch dann wird vieles von der Adresse der Magnatentafel abhängen. Erst dann wird die Eventualität einer Ministerveränderung in Betracht gezogen werden können, vorausgesetzt, daß man sich nicht jetzt über die Politik des Grafen Belcredi täuscht und dieser nicht den Anschauungen des Grafen Eßterhazy näher steht, als man gegenwärtig allgemein annimmt.

Der oben erwähnte Artikel der „Wiener Abendpost" tritt der aus dem ersten Artikel geschöpften Vermuthung entgegen, daß die Regierung weder ein verantwortliches Ministerium noch die Municipalverfassung wolle, sondern auf die Einführung eines bureaukratischen Regiments in Ungarn lossteuere. „Einer solchen ganz unberechtigten Interpretation unserer Worte", heißt es in demselben, „haben wir die Erwägung entgegengesetzt, daß beide Forderungen vereint schon deshalb unannehmbar erscheinen, weil die Municipien in ihrer alten Form die Thätigkeit einer jeden Executive, um so mehr die eines verantwortlichen Ministeriums, lahm legen würden. Wir konnten uns wohl begnügen, darauf hinzuweisen, daß dieser unserer Ansicht die wiederholt und eindringlich ausgesprochenen Ueberzeugungen einsichtsvoller Patrioten in Ungarn und die laut redenden Erfahrungen des Jahres 1861 zur Seite stehen. Allein wir wollen weiteren Mißdeutungen aus dem Wege gehen. Es muß wohl jedem Unbefangenen klar sein, und wir heben hier nur vorsichtsweise hervor, daß durch unsere Bemerkung weder über Municipaleinrichtungen im Allgemeinen — die nach unserem Ermessen im Gegentheile gerade für Ungarn ihren entschieden hohen Werth haben — der Stab gebrochen wird, noch darin eine „sympathische Rücksichtnahme" für das verantwortliche Ministerium der 1848er Gesetze gefunden werden kann. Wir haben nicht unterlassen, die Reichseinheit als das oberste österreichische Staatsprincip bestimmt und nachdrücklich zu betonen und auf die Folgen einer einfachen Reactivirung der 1848er Gesetze hinzuweisen. Eines und das Andere dürfte hinreichen, um einem richtigen Verständnisse unserer Anschauung Raum zu schaffen. Das, und nichts anderes, sind die Bedenken, die für unsere Ansicht über den Adreßentwurf maßgebend waren.

Wie der Pester „Lloyd" mittheilt, wird der Ministerrath in Ofen vollzählig sein, indem auch die Leiter der croatischen und siebenbürgischen Hofkanzlei, Baron Kussevic und Graf Haller an das kais. Hoflager berufen wurden. Wie die „Debatte" meldet, wird unter dem Vorsitze Sr. Majestät über das Rescript berathen werden, welches an den croatischen Landtag gerichtet werden soll.

Aus Agram, 14. Februar, meldet ein Telegramm der „Debatte": In Ofen finden wichtige Berathungen über die croatische Unionsfrage statt. Se. Maj. der Kaiser verlangte das Adreßamendement der Unionspartei. Der Banus sendete dasselbe sogleich an das a. h. Hoflager ab.

Krakau, 16. Februar.

Die von uns bereits erwähnte Weisung, welche dieser Tage an den k. k. Gesandten in Berlin Grafen Károlyi abgegangen ist, enthält in ihrer Schluß-Stelle noch die feierliche Zusicherung, daß Oesterreich auf das gewissenhafteste die Verpflichtungen erfüllen werde, welche ihm der Wiener Friedensvertrag so wie der Gasteiner Vertrag dem Condominus gegenüber auferlegt. Kraft dieser Verpflichtungen werde also Oesterreich dafür aufzukommen haben, daß in Holstein nichts geschehe, was der den beiden deutschen Großmächten gemeinsam zustehenden Verfügung über die Herzogthümer und der Disposition über die Souveränitätsrechte vorgreifen könnte, deren Ausübung sie im Gasteiner Vertrag unter sich getheilt haben. Jedenfalls, bemerkt die „Debatte", wird und muß diese Weisung, von welcher Graf Bismarck eine Abschrift erhalten, den letzten Rest der Illusion verscheuchen, welcher man in Berlin sich bis in die letzten Wochen hingab in Bezug auf eine von Oesterreich, indem es den Gasteiner Vertrag abschloß, beabsichtigte Begünstigung der Annexionspolitik. Eine Rückäußerung des Berliner Cabinets ist bis zur Stunde in Wien noch nicht eingetroffen. Doch glaubt man, daß die Erwiderung, mit der man sich vielleicht nicht beeilen dürfte, kein Comparativ der letzten preußischen Kundgebungen sein werde, und daß man vielmehr eine Ernüchterung, zu welcher allerdings die inneren Vorgänge in Preußen das Ihrige beitragen mögen, erwarten dürfe. Ueberhaupt wird man jetzt auf die Stellung Bismarcks in Preußen selbst Rücksicht nehmen müssen; trotz der siegesgewohnten Haltung, die Herr v. Bismarck noch immer zur Schau trägt, dürfte seine Stellung durch die letzte große Debatte im Abgeordnetenhause selbst nach oben hin ziemlich bedroht sein, und vielleicht hat die Entscheidung des Obertribunals auch über die Weiterexistenz des Bismarck'schen Cabinets entschieden.

Daß in der österreichischen Depesche die Prätendentschaft des jüngeren Augustenburgers ventilirt werde, wie die „Debatte" wissen will, ist nach dem „Fremdenblatt" entschieden unrichtig. Die Prätendentschaftsfrage ist in diesem Schriftstücke unberührt geblieben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Kreuz-Zeitung" denunciren, daß die Altonaer Massenversammlung eine Dank-Adresse an den Hamburger Ministerresidenten in Berlin, Herrn Dr. Geffcken, beschlossen habe. Der Artikel der „Kreuz-Zeitung" lautet: Wir lasen vor einiger Zeit, daß von den Leitern der Altonaer Massendemonstration in einer geheimen Zusammenkunft vor Eröffnung der Versammlung der Beschluß gefaßt wurde, eine Dankadresse an den Hamburger Ministerresidenten Herrn Dr. Geffcken für seine Dienste um die augustenburgische Bewegung, also für Unterstützung von Demonstrationen, die gegen Preußen gerichtet sind, zu erlassen. Wir schwiegen, weil wir den Verlauf der Sache abwarten wollten. Heute erfahren wir, daß in der That dem Herrn Dr. Geffken die Ehre einer Dankadresse zugedacht ist. Es hat doch große Bedenken, wenn an den Vertreter der Hansestädte in Berlin anerkannte Wühler in Holstein eine Dankadresse zu richten sich befugt glauben.

Nach der „Schl.-H. Ztg." hat Herr v. Manteuffel einer Deputation des Kampfgenossenvereins offen die Personalunion angeboten und sagte nachher: „Ich begreife nicht, wie die früheren Abgeordneten auf eine speciell schleswigsche Vertretung dringen, da gerade meine Bemühungen auf eine gemeinsame gerichtet sind. Nach dem „Altonaer Mercur" hat Herr v. Manteuffel um seine Entlassung gebeten.

Die Pourparlers zum Behufe der Ordnung der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Italien haben endlich zu einigen officiösen Schritten geführt, jedoch ist ein unmittelbarer Verkehr zwischen der österreichischen und italienischen Diplomatie durchaus noch nicht angebahnt. Fürst Metternich hat durch Herrn Drouyn de Lhuys den Italienern sagen lassen, daß sein Cabinet nicht abgeneigt sei, auf die Wünsche des Kaisers der Franzosen für die Herstellung geordneter Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten einzugehen; doch müßte Oesterreich dabei auf dem Standpuncte des Züricher Friedens beharren. General Lamarmora hat durch Nigra antworten lassen, daß auf angemessene Vorschläge Italien sehr gern eingehen werde; doch müsse es verlangen, daß Oesterreich die bestehenden Verhältnisse anerkenne und von dem Züricher Frieden absehe. Ehe Italien mit Oesterreich in Verhandlungen trete, erwarte es, daß den neapolitanischen, toscanischen, parmesischen und modenesischen Consuln in Triest und an anderen österreichischen Plätzen das Exequatur entzogen und nicht mehr geduldet werde, daß dieselben ihre Amtshandlungen italienischen Unterthanen aufdrängen. Eine österreichische Antwort ist noch nicht erfolgt; aber es ist unterdessen anderweitig bekannt geworden, daß Napoleon den Wunsch, man möge sich den Italienern gegenüber einigermaßen nachgiebig zeigen, hat nach Wien gelangen lassen.

Die Depesche, welche Lamarmora nach Madrid über die Actenstücke des rothen Buches geschickt hat, gilt neben der spanischen Regierung zugleich der Französischen. Nach der „Italie" ist eine abgesonderte Note in dieser Angelegenheit nach Paris abgegangen, um Aufklärungen über die in den Unterredungen mit dem spanischen von Herrn Drouyn de Lhuys gemachten und im grellen Widerspruch mit der Politik, wenigstens der ostensibeln Politik des Kaisers, stehenden Aeußerungen zu verlangen. Man meldete seiner Regierung folgende Thatsachen: 1. Drouyn de Lhuys

habe eingewilligt, mit Spanien und Oesterreich zu versuchen, ob sich nicht im September-Vertrage „Verbesserungen" anbringen ließen; 2. der Kaiser Napoleon verstehe den Vertrag so, daß die päpstliche Armee den Charakter eines französischen Corps annehmen und von französischen Offizieren commandirt werden solle; Drouyn de Lhuys sei nicht nur der italienischen Freiheit wenig zugethan, sondern, dem September-Vertrage zum Trotz, jetzt erst recht noch dem Züricher Vertrage zugethan. Was der spanischen Regierung, laut der „Italie", aber besonders übel genommen wird und Lamarmora zu Beschwerden Anlaß gab, ist der Umstand, daß die spanische Regierung am Tage nach der „Anerkennung Italiens ohne Beschränkung und Vorbehalt" schon einen neuen diplomatischen Kreuzzug gegen Italien in den Cabineten durch ihre Gesandten predigen und den Plan betreiben ließ, den Kirchenstaat zu einem Eigenthume der Katholiken des ganzen Erdreiches zu creiren und mit diesen gegen die Italiener und gegen die Römer selbst zu vertheidigen. Bermudez de Castro instruirt in der Depesche vom 14. October 1865 den spanischen Gesandten Mon in diesem Sinne, und derselbe soll „die förmliche Bestätigung der französischen Regierung darüber verlangen, daß Frankreich eine feierliche Verpflichtung gegenüber den katholischen Mächten übernommen habe, die weltliche Papstgewalt und die Coexistenz zweier Monarchien in Italien aufrecht zu erhalten." Mon theilt am 17. October 1865, also drei Tage nach obigem Auftrage, seiner Regierung mit, „der Kaiser werde sich die ausschließliche Leitung seiner Politik in Bezug auf Rom nicht ferner reserviren, sondern sich mit Spanien in Einvernehmen setzen, um die weltliche Macht des Papstes zu retten, so weit dies möglich sei." Bermudez de Castro gibt dann in einer Depesche vom 5. November die Erklärung, „er betrachte die französische Regierung, als ob sie gegen Spanien die förmliche Verpflichtung übernommen habe, sie werde Rom niemals von Italien absorbiren lassen, selbst dann nicht, wenn das römische Volk es wolle; das Verschwinden der römischen Monarchie, deren Coexistenz mit der italienischen die September-Convention zusichere, würde die Verpflichtungen der Convention vernichten, die Einverleibung Roms in Italien werde aus der römischen Frage eine der Competenz der ganzen katholischen Welt unterworfene Frage des europäischen Gleichgewichts machen."

Wie man der „Indep. belge" aus Paris mittheilt, ist Drouyn de Lhuys ziemlich ungehalten über die durch das spanische „Rothbuch" begangenen Indiscretionen und über die zu weit gehende Bedeutung, die der spanische Gesandte seinen Aeußerungen über die Erhaltung des Papstthums beigelegt habe. Um nun den Eindruck dieser „Indiscretionen" abzuschwächen, werde Drouyn de Lhuys eine Note nach Madrid senden, die geeignet sein wird, die ganze Angelegenheit auf das richtige Niveau zurückzuführen.

Nun meldet auch der „Moniteur", daß der heil. Vater aus Anlaß des Todes des Prinzen Odone von Italien ein Condolenzschreiben an den König Victor Emanuel gerichtet hat. Der Papst machte in dem Schreiben die Mittheilung, daß er für die Seelenruhe des dahingeschiedenen Prinzen eine Messe gelesen habe.

Ueber die Neujahrsscene im Vatican bringt die die „N. C." jetzt folgende officiöse Auslassung:

Der Fall mit Meyendorff ereignete sich ohne Zeugen, und da über denselben sich näher auszulassen, weder die russische, noch die päpstliche Regierung für gut befand, so ist es befremdend, wie mehrere Journale die zwischen dem Papste und dem Baron gewechselten Worte mittheilen. Diese Journale geben dem russischen Diplomaten Unrecht, sie machen die Lebhaftigkeit, mit welcher er die Interessen seiner Regierung dem heiligen Stuhle gegenüber vertheidigte, ihm zum Vorwurf und setzen sie auf Rechnung seiner großen Jugend. Sehen wir zu, ob sich der Fall nicht anders erklären läßt. Nach den bekannt gewordenen Mittheilungen soll der Baron dem Papste erwidert haben, der Katholicismus habe der Revolution gedient. Wenn wir uns daran erinnern, daß Herr v. Meyendorff eifriger Katholik ist, so erscheint es wenig wahrscheinlich, daß er die katholische Religion habe angreifen wollen, welche er selber bekennt. Wir sind vielmehr geneigt, anzunehmen, es war nur von der polnischen katholischen Geistlichkeit die Rede, welche in der That die Revolution mit ihrem ganzen Einflusse unterstützte, in welchem Falle es befremden würde, daß den Papst eine nur zu sehr erhärtete Wahrheit hätte beleidigen können. Man läßt ferner unseren Landsmann behaupten, daß, wenn der Papst die polnische katholische Geistlichkeit an ihre Amtspflichten erinnert hätte, die Insurrection ihrer Hauptstütze beraubt wäre, und daß wir dann nicht die traurigen Ereignisse, die wir erlebten, zu beklagen gehabt hätten. Die Thatsachen haben diese Behauptung nur zu sehr gerechtfertigt, und wir können nur bedauern, daß sie dem heiligen Stuhle mißfallen. Unsere Regierung ließ, als die sie so wenig schonende Encyklica erschien, weniger Empfindlichkeit blicken. Und doch fehlte es nicht an Aufregung; das über die Anmaßung aufgebrachte russische Publicum verlangte den Abbruch aller Beziehungen mit Rom, besonders Aufhebung des Concordats, das uns nur zahlreiche Schwierigkeiten bereiten konnte. Unsere Regierung wußte diesem Verlangen zu widerstehen und zeigte bei dieser Gelegenheit eine Mäßigung, welche der Heilige Vater hätte zum Vorbild nehmen können, als man ihm die von der unter seiner Leitung stehenden Geistlichkeit angesponnenen Intriguen ins Gedächtniß rief. Auf die Beschuldigungen des Papstes hinsichtlich der angeblichen Verfolgung der polnischen katholischen Kirche könnten wir nur mit Wiederholungen des schon von uns darüber Gesagten antworten. Die Duldung der russischen Regierung in Religionssachen ist sprichwörtlich. Eine Menge ausländischer Kaufleute, Ingenieurs, Mechaniker, Agronomen usw. haben unser Land nach allen Richtungen durchstreift, aber kein Einziger von ihnen wird behaupten, daß er in seiner Gewissensfreiheit beeinträchtigt worden, noch daß er überhaupt Zeuge eines Acts der Intoleranz gewesen sei. Die russische Regierung, das ist wahr, hat der polnischen katholischen Geistlichkeit nicht erlauben wollen, die andern Confessionen zu unterdrücken, aber nur ein ehrgeiziger Fanatismus kann ihr die gegen die katholischen Uebergriffe genommenen Maßregeln zum Vorwurf machen, und dem Geschrei der katholischen Geistlichkeit hält sie die Danksagungen der Orthodoxen, Lutheraner und Israeliten entgegen, denen in Zukunft die Freiheit, ihre Kinder in ihrer Religion zu erziehen, gesichert ist. Die der polnischen Kirchengüterfrage gegebene Lösung wird gleichfalls angegriffen. Wir wissen nicht, ob die niedere Geistlichkeit mit der Regierung unzufrieden ist, weil sie ihre Stellung gesichert hat, aber factisch ist es, daß die neuen Anordnungen den Staat mit einer schweren Verpflichtung belasten und daß sich die Regierung bei Regelung dieser Angelegenheiten großmüthiger gegen die katholische Geistlichkeit gezeigt hat, als diese gegen die orthodoxe Geistlichkeit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhundertes. Damals wurden die Güter der griechisch-russischen Kirche den Staatsgütern einverleibt, aber die Geistlichkeit erhielt keine entsprechende Entschädigung, und sie würde ein Recht haben, sich eifersüchtig über die der polnischen Geistlichkeit gegebene Stellung zu zeigen. Diese Erwägungen werden hinreichen, um zu beweisen, daß die russische Regierung die Katholiken nicht verfolgt, wohl aber die Wühler, die mit dem Mantel der Religion ihre Umtriebe schützen wollen.

Der „Köln. Z." schreibt man aus Rom 8. d.: Nach zuverlässigen Nachrichten ist die kaiserliche Anweisung an die russische Gesandtschaft eingetroffen, nach Petersburg zurückzukehren. Die diplomatische Verbindung zwischen Rußland und dem päpstlichen Stuhle hat also aufgehört. (Wie erwähnt, bleibt Baron Meyendorff als Agent der russischen Regierung in Rom.)

Dem römischen „Czas"-Correspondenten zufolge verlautet, daß die russische Regierung in Kurzem die polnische Kirche amtlich als nationale publiciren soll und unabhängig vom apostolischen Stuhl. Einer der polnischen Bischöfe und zwei Prälaten wären an der Spitze einer solchen getreten.

Nach einer römischen Correspondenz im Wiener „Volksfreund" gehen die Verhandlungen wegen des Concordats mit Mexico, nach den neuesten Vorgängen zu schließen, einem günstigen Abschlusse entgegen.

Die dänisch-westindischen Inseln St. Croix, St. Thomas und St. Jean, schreibt man der „Wiener Zeitung" aus Kopenhagen, sind in neuester Zeit mehrfach in der Presse erwähnt worden und man hat der Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht zugeschrieben, sie kaufen „zu wollen." Wie weit eine solche Absicht existirt, vermögen wir nicht zu entscheiden, nur glauben wir allerdings mit Bestimmtheit aussprechen zu können, daß jeder Gedanke an einen solchen Handel unserer Regierung eben so sehr wie dem Monarchen und der Nation fern liegt.

Staatssecretär Seward ist nach vierwochentlicher Abwesenheit von seiner Erholungsreise wieder in Washington eingetroffen. Auf St. Thomas soll er mit dem Expräsidenten Santa Anna, in der Havanna mit einem Adjutanten des Kaisers von Mexico conferirt haben.

Juarez hat El Paso zu seiner Hauptstadt erklärt. Gegen ihn hat sich jedoch eine Partei erhoben, die in Ortega den legalen Präsidenten erblicken will.

Die Nachricht, daß die niederländische Regierung dem in der Schelde liegenden peruanischen Panzerschiffe Independencia das Auslaufen verwehre, wird der „K. Z." als ganz unbegründet bezeichnet. Allerdings hatte der spanische Gesandte Albaredo einen darauf bezüglichen Antrag gestellt; bevor die Regierung indessen ihre Entscheidung traf, hat sie eine Corvette nach der Schelde geschickt, damit der Befehlshaber im Verein mit dem Stations-Commandanten von Vliessingen die Angelegenheit untersuche. Nach dem Londoner Vertrage vom Jahre 1839 haben sich die fremden Schiffe, welche in der Mündung liegen bleiben, bei der Vliessinger Marinestation zu melden. Dies war von dem peruanischen Befehlshaber aus Unkenntniß versäumt. Die Formalitäten sind aber später nachgeholt. Die „Independencia" ist ein Panzerschiff von 22 Kanonen, mit einem Sporn versehen und kriegsmäßig auf sechs Monate ausgerüstet, so daß es gar nicht in die Lage kommt, seine Armirung in Holland zu vervollständigen. Sämmtliche Mannschaften sind in der Musterrolle aufgeführt. Zur Beobachtung hat sich ein holländisches Kriegsschiff an die Seite der „Independencia" gelegt, welche aber jede Stunde, wenn es dem Befehlshaber beliebt, auszulaufen berechtigt ist.

Dem britischen Parlamente ist eine Reihe diplomatischer Actenstücke vorgelegt worden, welche den Gang der Verhandlungen über die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu Brasilien zum Gegenstand haben. Nachdem Brasilien mehrere englische und portugiesische Vermittlungsvorschläge verworfen hatte, ließ es sich schließlich zur Annahme eines von Russell selber proponirten herbei, welcher lautet: „Der britische Gesandte bei der argentinischen Republik, Hr. Thornton, begebe sich in specieller Mission nach Brasilien; dort erbitte er sich vom Kaiser die Ehre einer Audienz; drücke Sr. kaiserlichen Majestät die Betrübniß der Königin über den Abbruch der freundlichen Beziehungen beider Höfe aus; erkläre, daß die britische Regierung jede Absicht, die Würde Brasiliens zu verletzen, feierlichst in Abrede stelle, daß die Königin den vom König der Belgier gefällten Entscheid vollständig und ohne Vorbehalt annehme, und daß sie mit Freunden einen Gesandten für Brasilien ernennen werde, sobald der Kaiser die diplomatischen Beziehungen zu erneuern bereit sei." Hr. Thornton begab sich wirklich nach Brasilien, die Audienz wurde bewilligt, seine Aufnahme war, wie er meldet, eine allseitig freundliche, und seitdem sind, wie bekannt, die diplomatischen Beziehungen zu Brasilien wiederhergestellt.

Landtagsverhandlungen.

Gestern, den 15. d., sollte die Adreßdebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus beginnen.

Ein Pester Telegramm der „Debatte" meldet: Wie verlautet, werden 12 bis 16 Redner der Rechten an der Adreßdebatte theilnehmen. Als erster Redner ist der Vicepräsident des Statthaltereirathes, Bartal, bereits schriftlich angemeldet. Derselbe, heißt es, werde nicht den Adreßentwurf bekämpfen, sondern bloß erwähnen, was in demselben enthalten sein sollte, jedoch nicht enthalten ist, und wird daher bei der Specialdebatte zwei Amendements stellen. Demzufolge ist voraussichtlich eine lange Adreßdebatte zu erwarten. „Hon" glaubt, daß die Aeußerungen der „Wiener Abendpost" und die Separatadresse des Oberhauses lange Adreßdebatten zur Folge haben, und daß das Oberhaus die friedliche Entwicklung mindestens um einige Wochen verzögere.

Ein Telegramm des Neuen Fremden-Blattes aus Pest meldet: Der Statthalterei-Präsident Bartal wird morgen im Abgeordnetenhause über die Adresse eine Rede halten, aus welcher man die Ansichten der Regierung ersehen wird. — Heute (14.) Nachmittags versammeln sich die Abgeordneten zu einer Conferenz, um über die Haltung des Unterhauses in der Adreßdebatte zu berathen. Deak will die Annahme ohne jede Debatte. Sollte jedoch die Rechte sprechen, dann sei eine Antwort nöthig. Die Conferenz wird beschließen, daß nur ein oder zwei Mitglieder, darunter Deak, antworten sollen. Der Beschluß des Oberhauses, eine Separatadresse zu erlassen, hat in Abgeordnetenkreisen Verstimmung hervorgerufen, weil man als deren Folge eine nachtheilige Spaltung befürchtet. Der frühere Minister Graf Szecsen soll mit der Abfassung des Oberhaus-Adreßentwurfes betraut werden. Man faßt dies als ungünstiges (?) Zeichen für dessen Inhalt auf, da der Name Szecsen hier einen schlechten Klang hat.

In Form eines offenen Briefes an „M. Világ" kritisirt Graf Stephan Szapáry, welcher in der Magnaten-Sitzung vom 14. d. für eine separate Adresse stimmte, die Deputirtenadresse. Er ist gegen den Puritanismus in der Auslegung der Rechtscontinuität, gegen die Ernennung des Ministeriums vor der Revision der 1848er Gesetze gerichtet. Diese müsse vielmehr vor Abfassung des Inaugural-Diploms und der Krönung vorgenommen werden.

Als historisches Factum theilt die „Feldk. Ztg." mit, daß im Vorarlberger Museum eine von den Ständen Vorarlbergs im Jahre 1810 an ihren damaligen Landesherrn König Max Josef I. von Baiern gerichtete, von demselben aber zurückgesendete Adresse aufbewahrt ist.

Telegraphische Landtagsberichte.

Pest, 14. Februar. In der heutigen Sitzung der Magnatentafel wurde folgendes Resultat der Adreßausschußwahl kundgemacht: Von 171 Stimmenden erhielt Baron Nikolaus Vay 170, Graf Johann Cziraky 167, Bischof Johann Simor 166, Graf Joseph Palffy 166, Baron Victor Mesznil 165, Graf Paul Palffy 163, Graf Anton Szecsen 163, Graf Alex. Erdödy 162, Anton Radvanszky 162, Joseph Szlavy 162, Baron Bela Wenkheim 161, Lad. Szögyeni 161, Graf Anton Szapary 160, Bischof Procop Ivacskovics 159, Graf Alexander Teleki 159, Graf Paul Eßterhazy 154, Graf Johann Nepomut Zichy 154, Graf Georg Festetits 152, Joseph Tomcsanyi 150, Graf Vinoys Szechenyi 138, Baron Lad. Majthenyi, 135, Graf Bela Festetits 134, Graf Gedeon Raday jun. 134, Graf Stephan Karolyi 132, Baron Georg Ambrozy 123, Graf Johann Waldstein 122, Baron Gabriel Prenay 121, Graf Aladar Andrássy 119 Stimmen. Da sonst niemand mehr die absolute Majorität erhielt, so mußte heute wegen des 30. Mitgliedes noch eine Abstimmung vorgenommen werden, wobei Graf Nicolaus Banffy von 101 Anwesenden 64 Stimmen erhielt. Hiemit wurde die Sitzung geschlossen und die Commission aufgefordert, behufs ihrer Constituirung gleich beisammen zu bleiben. Die Grafen Majláth und Johann Cziraky wurden zu Obmännern gewählt; die Schriftführerwahl wurde noch nicht vorgenommen. — Zum morgigen Beginne der Adreßdebatte in der Deputirtentafel sind 12 Mitglieder der Rechten als Redner vorgemerkt und werden Bartal und Benefik zuerst sprechen.

Brünn, 14. Februar. Auf der heutigen Tages-Ordnung stand die Wahl der Ersatzmänner für zwei Landesausschußbesitzer; gewählt wurden Freiherr v. Rolsberg und Prälat Napp. Den Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag Dr. Prazak's auf Abänderung des §. 54 der Landtagswahlordnung. Dr. Prazak als Berichterstatter der Majorität beantragt die Abänderung des §. 54 dahin, daß auch während der zweiten sechsjährigen Landtagsperiode Abänderungsanträge zur Landtagswahlordnung mit absoluter Majorität beschlossen werden können. Dr. Ryger als Berichterstatter der Minorität beantragt den Uebergang zur Tagesordnung. Szabel spricht gegen den Antrag Prazak und bezeichnet ihn als eine carte blanche, deren Ausfüllung in Zukunft vielleicht nicht mehr in der Hand der Deutschen liegen werde. Die Rechte strebe die Lockerung jener Bande an, welche die Provinzen an das Reich knüpfen. (Widerspruch rechts). Graf Mittrowsky ist gleichfalls gegen jede Aenderung der Wahlordnung. Der Statthalter erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, auf den Antrag einzugehen, um die Möglichkeit der Abänderung auch für die Zukunft offen zu halten. Schließlich wird der Uebergang zur Tagesordnung in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 47 Stimmen beschlossen. Morgen letzte Sitzung.

Gratz, 14. Februar. Die General-Debatte über das Bezirksvertretungsgesetz wird beendet. Der Antrag der Minorität auf Uebergang zur Tagesordnung und daß der Landesausschuß beauftragt werden soll, das Gesetz dann wieder vorzulegen, wenn die Organisation der politischen Behörden durchgeführt sein wird, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Morgen Sitzung.

Laibach, 14. Februar. Ueber den Antrag Skedl wegen Diäten-Sistirung bei einer mehr als 8tägigen Landtagsvertagung wird zur Tagesordnung übergegangen. Abg. Deschmann wird zum Landesausschuß gewählt. Der Landeshauptmann schließt hierauf die Sitzung mit einer Ansprache und Hoch auf Se. Majestät, in welchen Ruf die Versammlung begeistert einstimmt. Der Statthalter dankt dem Hause für dessen freundliches Entgegenkommen. Wurzbach widmet dem seinen Rücktritt ankündigenden Landeshauptmann warme Dankesworte. Toman bespricht das Wirken des Landtags und schließt mit Slava auf Se. Majestät.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Februar.

Wie ein Pester Telegramm vom 14. d. meldet, ist im Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin eine erfreuliche Besserung eingetreten und wird demzufolge der Tag der Grundsteinlegung des Elisabethinums demnächst bestimmt werden.

„Pesti Naplo" dementirt die Nachricht, als ob der russische Gesandtschaftssecretär Vassiltschikoff in politischer Mission nach Pest gekommen wäre. Derselbe sei nur nach Pest gekommen, um auf dem Ball des Grafen Georg Karolyi, zu welchem er eingeladen wurde, zu erscheinen.

Ein Beamter der Creditanstalt hat 450.000 Gulden in Depotscheinen defraudirt. Ungefähr zwei Drittheile werden durch Subscription des Verwaltungsrathes und der Direction gedeckt. Der Beamte verspielte Alles in der kleinen Lotterie.

Wie der „Zeitschrift f. p. Med." mitgetheilt wird, ist die Nordbahn-Direction im Begriffe, eine Reorganisation des Sanitätsdienstes auf ihren Strecken vorzunehmen, auf den Hauptstationen Chefärzte zu creiren, und die Gehalte sämmtlicher Bahnärzte einer ihren Verpflichtungen äquivalenten Regelung entgegenzuführen. Die Nordbahn-Direction legt in Erkrankungsfällen ihrer Bediensteten, wie uns aus einer mehrjährigen Erfahrung bekannt ist, eine Humanität und eine Fürsorge an den Tag, welche volle Anerkennung verdient.

In Venedig ist am 10. d. der bekannte Legitimist Duc de Blacas gestorben. Er hatte Karl X., als dieser Frankreich verließ, ins Ausland begleitet und war seit dem Tode des Exkönigs stets in der Nähe des Herzogs von Bordeaux. Der Duc de Blacas war in Oesterreich begütert.

Deutschland.

Die kgl. preußische Regierung ist fest entschlossen, in ihrer schroffen Haltung gegenüber dem Abgeordnetenhause zu verharren. Die „Provinzial-Corresp." schreibt: Die Resolutionen des Abgeordnetenhauses sind rechtlich und thatsächlich durchwegs nichtig und wirkungslos und werden an der Lage der Dinge nicht das Mindeste ändern. Der Beschluß des Obertribunals wird trotz des verfassungswidrigen Protestes in Kraft treten. Die Regierung wird, wie der Justizminister angekündigt hat, vollen Gebrauch davon machen, so weit es erforderlich ist. Die „P.-C." constatirt die Unmöglichkeit einer Verständigung. Die Regierung habe zur Fortsetzung der Landtagsberathung andere Gründe und werde sich nicht einschüchtern, nicht beirren lassen. Nicht durch das Gutachten des Kronsyndicats, sondern durch eine anderweitige unmittelbare Anregung dürfte die Herzogthümerfrage vor die Kammer gelangen, falls die Session in Folge des leidenschaftlichen Charakters der Verhandlungen nicht zuvor ihr Ende erreicht.

Nach Berichten aus Berlin ist Graf Bismarck am Hofe nicht mehr so gern gesehen. Namentlich in den Damenkreisen des Hofes werden die Wogen der Bewegung, als bereits zu hoch gehend, mit keineswegs gleichgiltigen Blicken betrachtet und auch der Kronprinz, der bekanntlich seit Jahren dem Grafen Bismarck im Herzen abgeneigt ist, soll zu Denjenigen gehören, welche vor einer Va banque-Politik warnen.

Dem „Frdbl." schreibt man aus Berlin: Graf Bismarck hat seinen ersten großen Fehler gemacht. Alles was bis jetzt geschehen, konnte eines schönen Morgens vergessen sein, wenn das Ministerium vor das Haus getreten wäre mit dem Programm einer großen politischen Action, mit dem Aufruf, das preußische Volk solle sich bereit halten zum Kampf. Seit dem Beschluß des Obertribunals und jener denkwürdigen Debatte im Abgeordnetenhaus, welche durch ganz Preußen rollt wie Kanonendonner, ist es aus mit jeder Möglichkeit der Verständigung. Beschwört das Ministerium jetzt einen Krieg herauf und appellirt es an das Volk, so wird man ihm mit Schweigen antworten und der Graf Bismarck kann mit dem Herrn v. Roon allein ausziehen zum Kampf. Es ist nicht zu verkennen, daß in unseren Regierungskreisen seit jenem Wendepuncte Niedergeschlagenheit herrscht. Unser Verhältniß zu Oesterreich wird auch mit jedem Tage unerquicklicher und der platonische Haß zwischen den beiden Waffenbrüdern scheint an Intensität den Wünschen wenig übrig zu lassen. Wir wollen unser Abgeordnetenhaus nicht durchweg entschuldigen, es hat mit seinen Nergeleien oft bewiesen, daß ihm große Gesichtspuncte fremde Dinge sind, aber mit seinem

letzten Schlage hat das Ministerium Alles vernichtet, was an ihm in diesem Sinne etwa zu loben war.

Der Abg. Dr. Freese hat während der Debatte am 9. l. M. auf eine Verdächtigung des Grafen Wartensleben, daß er eine feile Feder führe, geantwortet, dies sei eine bubenhafte Infamie. Wie man hört, soll Dr. Freese deßhalb von einem in der Garde dienenden Sohne des Grafen Wartensleben gefordert worden sein. Freese wird wohl ablehnen, da er mit dem Sohne Wartensleben's nichts zu thun hatte.

Aus Berlin, 14. Februar wird telegr. gemeldet: Die Commission für den Beckerschen Antrag stellte heute den Bericht Beckers fest. Ferner wurde der derselben Commission überwiesene Antrag Hammachers bezüglich der Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Crefeld-Gladbacher Bahn berathen. Der Referent Lasker beantragt folgende Erklärungen: 1) die Verordnung vom 27. Juni 1864, betreffend die Genehmigung der mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Verträge wegen käuflicher Uebertragung der Aachen-Düsseldorf-Ruhrort-Crefelder Bahn ist verfassungswidrig, darum rechtsungiltig; 2) der zwischen der Staatsregierung und der Bergisch-Märkischen Bahngesellschaft abgeschlossene Vertrag vom 17. Mai 1864 ist bis zur Genehmigung durch den Landtag für den Staat nicht verbindlich. Laskers Anträge werden einstimmig angenommen.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Die heutige „France" mißbilligt die Eile und Flüchtigkeit, mit welcher der Senat bei der Adreßdebatte über die wichtigsten Fragen hinweggehe. Ganz richtig hebt das officiöse Blatt hervor, daß in der Adreßdebatte dem Senate, der weder die Gesetzvorlagen, noch das Budget discutirt, die beste Gelegenheit geboten sei, sich in der öffentlichen Meinung Geltung zu verschaffen und der Legislativen, die erst später zu Wort komme, manches vorweg zu nehmen. Verzichte, wie dies thatsächlich der Fall, der Senat auf diesen Vortheil, so gelange Frankreich zum Einkammersystem und die „kaiserliche Demokratie" überflügele dann noch die republikanische der Vereinigten Staaten.

Der Angriff des Marquis de Boissy gegen den Prinzen Napoleon lautete nach dem „Moniteur", wie folgt: Dem ersteren Schreiben (das, welches der Kaiser Napoleon nach seiner Ajaccio-Rede an den Prinzen Napoleon richtete) welches man die mit Ohrfeigen und Geißeln gespickte Epistel nennen könnte, diesem gebe ich meine volle Zustimmung; es ist bewunderungswürdig. Es hat in ganz Frankreich die beste Wirkung hervorgebracht, es hat Frankreich beruhigt. Vor seiner Veröffentlichung suchte man immer nach dem Antagonismus der Politik, und man fragte sich: ob es wenn der Kaiser herrscht, eine andere Person giebt, welche regiert. Dieser Brief beruhiget uns, er ist ein großer Act, ein Glück für Frankreich. Es ist eine große Wohlthat, welche die Abwesenheit des Kaisers zur Folge gehabt. Aber, wie ich glaube, dürfen diese Abwesenheiten nicht zu oft vorkommen: als Beweis führe ich an, daß, wenn der Kaiser nicht abwesend gewesen wäre, wir nicht durch das aufrührerische Manifest beunruhigt worden wären. (Bewegung.) Ja, dieses Manifest war gegen den Kaiser, verleumderisch für Napoleon I. und gottlos: wir würden nicht durch dieses Manifest, welches dem ganzen Lande Schrecken einjagte, in Betrübniß versetzt worden sein. Aber der Kaiser hat Ruhe gestiftet, denn er zog die Meinung Frankreichs seinen Gefühlen persönlicher Zuneigung vor."

Spanien.

Nach Berichten, die aus Madrid in Paris eintrafen, sind noch zwei andere Officiere der Garnison von Alcala verhaftet worden. Sie sollen ebenfalls erschossen werden. Die Frau des Generals Prim hat sich nach Lissabon begeben.

Italien.

Prinz Humbert von Italien ist zum Präsidenten des internationalen statistischen Congresses ernannt, welcher im laufenden Jahre in Florenz abgehalten wird.

Wie aus Neapel gemeldet wird, kam zu Anfang dieses Monats der Priester Pasquale de Francesco aus Caserta, 46 Jahre alt, zum Vice-Syndicus des Viertels von Monte Calvario mit den nöthigen Ausweisen und verlangte mit Seraphine Velardi von hier, 27 Jahre alt, ehelich verbunden zu werden. Der Beamte erklärte, da ihm der Fall zweifelhaft, sich um Auskunft an das Gericht wenden zu müssen. Der Gerichtshof, welcher die Sache in gründliche Erwägung zog, entschied über Antrag des Procurators, Herrn Mirabelli, daß nachdem das seit dem 1. Jänner 1866 eingeführte Civilehegesetz keine Ausnahme für Personen mache, welche durch geistliche Gelübde gebunden sind, Pasquale de Francesco berechtigt ist, sich wie jeder andere Staatsbürger zu verheirathen. In Folge dieser Entscheidung wurde der genannte Priester am 29. Jänner in der Section Monte Calvario mit der Seraphine Velardi ehelich verbunden.

Rußland.

Aus Warschau, 11. d. wird der „Schles.Z." geschrieben: Der Carneval war bei uns ziemlich belebt. Die dritte und vierte Maskerade in den Theatersälen war so zahlreich besucht, daß man eine wahre Schwitz-Cur durchzumachen hatte. In Privathäusern, größtentheils allerdings nur beim Mittelstande, wurde viel getanzt, so daß die „Nationaltrauer" als völlig beendigt angesehen werden kann. — Ein Herr Eisenbach aus Galizien hat hier die Concession zu einem neuen Theater nachgesucht. Man soll ihm das alte Local auf dem Krasiński'schen Platz zum Local anweisen wollen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 16. Februar.

* Wegen des schließlichen Arrangements und der Inscenirung der „Schönen Helena", wozu Dir. Blum aus Lemberg erwartet wird, kann die Operette erst in nächster Woche zur Aufführung kommen. Sonnabend dafür eine Reprise der „Schönen Weiber". Frau Hammermeister gibt den nächsten Montag zu ihrem Benefiz eine Lustspiel-Novität und die eben so beliebte als lange nicht gehörte Operette „Zehn Mädchen und kein Mann." Ihr Stiefellied wird ebenso wie die Vorstellung zu ihren Gunsten das Theater füllen, so füllen wie es üblich, wenn Beliebtheit oder Novität die Zugkraft übt. Hier ist beides.

* Das gestern aufgeführte neueste Lustspiel des jungen Grafen Fredro „Drzémka p. Prospera" hat auch hier einen glänzenden Erfolg gehabt.

* Wie wir hören, beträgt die Netto-Einnahme des Wohlthätigkeitsvereins-Balles nach Abzug der 191 fl. ö. W. betragenden Kosten 300 fl. p.

* Der „Czas" verzeichnet die Nachricht von dem Heimgange des Generals Legeditsch mit den Worten: der in unserem Lande bekannt und während seines Commando's hier allgemeine Achtung genoß.

* Professor der hiesigen Universität Dr. Kuczyński beabsichtigt auch in diesem Jahr wie früher öffentliche populäre Vorträge der Experimentalphysik zu halten.

* Die Stenographie, deren Nützlichkeit in den vielfachsten Lebensrichtungen längst anerkannt und die besonders jetzt die Periode der Landtage zu Ehren gebracht, besitzt in Krakau bis jetzt unreinen Apostel für die Lehre der Schnellschreibung in der polnischen Sprache. Wie wir hören, gedenkt ein derselben kundiger und durch vielfache Praxis bewährter junger Mann, der gegenwärtig seit längerer Zeit hier ansäßig, deutschen Unterricht in derselben zu ertheilen und ihn zu beginnen, sobald sich eine hinreichende Anzahl von Schülern gemeldet. Auf Anfragen sind wir erbötig, die Adresse des Stenographen mitzutheilen.

α Auf der Liste der Candidaten zum Posten des Oberarztes des Lemberger Hauptspitals, von denen der Landesausschuß drei dem h. Staatsministerium zur eventuellen Ernennung vorzustellen hat, steht aus Krakau Dr. Lech, Badearzt in Swoszowice.

* Der im Ausland unbefugt sich aufhaltende Hermann Biber aus Rudki, Samborer Kreis, wird vom Rudker k. k. Bezirksamte zur Rückkehr ins Land aufgefordert.

α Der unbefugt im Auslande sich aufhaltende, nach Brody zuständige Aron Joseph Koestenbaum wird vom Brodyer k. k. Bezirksamte zur Rückkehr in seine Heimath aufgefordert.

α Wie unlängst aus Dobromil, wird jetzt aus Hussiatyn, Czortkower Kreis, dem „Słowo" geschrieben, daß der dortige k. k. Bezirksvorsteher Herr Schiffner durch sein beim ruthenischen Volke gewonnenes Vertrauen, mit dem er immer in der Sprache des Volkes unterhandelt, seit einigen Jahren viele Schulen gegründet hat.

α Für die durch den Nothstand heimgesuchte Bevölkerung Ostgaliziens hat die Stadt Kolomea 500 fl. ö. W. gespendet.

* Die neugegründete Actien-Gesellschaft zum Betriebe der Papierfabrik in Czerlany (3½ Meilen von Lemberg) hat bereits Einladungen zum Beitritte erlassen, welche die Unterschrift des Fürsten Leo Sapieha und des bisherigen Fabriksbesitzers und Mitgründers der Gesellschaft, Sigmund Kotkowski, tragen. Das Capital ist auf 50.000 fl. in 2500 Actien zu 200 fl. berechnet; Einzahlungen übernimmt die Filiale der Anglo-Austrian-Bank in Lemberg bis zum letzten Februar l. J. Die Fabrik betreibt neben der Erzeugung von Lumpenpapier auch jene von Schilfpapier auf Grund eines von Herrn Kotkowski erworbenen und von demselben der Gesellschaft abgetretenen Privilegiums.

* (Die evangelische Kirche in Galizien und der Bukowina). Die evangelische Kirche Augsburger Bekenntnisses zählt bei uns eine Superintendenz in Lemberg mit den Senioraten: 1) Westliches Seniorat mit den Pfarr-Gemeinden Krakau, Biala, Neu-Sandec, Stadło, Gawłow nowy, Naniszow, Reichsheim. 2. Mittleres Seniorat mit den Pfarrgemeinden Brigidau, Dornfeld, Gelsendorf, Bandrow, Hartfeld, Reichau, Josefsow, Jaroslau, Lemberg. 3) Oestliches Seniorat mit den Pfarrgemeinden Czernowitz, Ugarsthal, Radowie (Radautz), Zaleszczyki, Jakobeny, Illiszestie. Die evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses gehört ebenfalls zur Lemberger Superintendenz und besteht aus einem Seniorat mit den Pfarrgemeinden Andrasfalwa, Königberg und Josefsberg.

α Aus Brody wird dem „Przegląd" geschrieben: Die eifrigen Bemühungen des hiesigen röm.-kath. Vicar Motykiewicz um Hebung der Moralität und Arbeitlust in der Handwerkerclasse, bringen bei uns erwünschte Früchte. Durch seinen wohlthätigen Einfluß brachte er es dahin, daß mit Vorwissen der Ortsbehörde an Sonn- und Feiertagen die Handwerker sich in der Normalschule versammeln, wo dieser würdige Priester ihnen Vorträge über die Principien der Moralität und die Vortheile der Arbeit hält. Dies ist eine Einleitung zu dem nächstens in's Leben tretenden Handwerkerverein nach dem Muster des in Lemberg bestehenden Vereins.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Der Wochenausweis der österreichischen Nationalbank vom 14. Februar ergibt seit dem 7. d. M. eine Verringerung des Notenumlaufs von 3,807.945 fl.; der in Banknoten rückzahlbaren Staatsschuld ꝛc. von 14.334,500 fl; der Darlehen von 22.500 fl. und der eingelösten Pfandbriefe von 9,000 fl.; dagegen haben sich der Escompte um 9,793.944 fl. und die eingelösten Coupons von Grundentlastungsobligationen um 9.000 fl. vermehrt. Auf die in Silber rückzahlbaren Forderungen der Bank wurden 1,125.000 fl. abgetragen, um welche sich der Metallschatz vermehrt hat. Nach einer Anmerkung der Buchhalterei der Nationalbank wurde die am 14. d. fällige Quote der Staatsschuld bereits am Tage vorher vollständigt getilgt.

— Zinsen von Staatsschuldverschreibungen, welche vom Tage, wo die Zahlung begehrt wird, länger als sechs Jahre fällig waren, sind zufolge allerhöchster Entschließung vom 14. Jänner 1860 als verjährt anzusehen. Dies gilt, wie uns mitgetheilt wird, laut Verfügung des h. Finanzministeriums vom 27. Jänner 1866 auch von der Grundentlastungsschuld. Die Verjährung wird aber in dem Momente unterbrochen, wo die Partei durch Ueberreichung des Coupons, der Zinsenquittung, der Amortisationsdocumente oder durch eine dahin zielende Eingabe die Interessenzahlung verlangt.

Breslau, 13. Februar. Amtliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 60—82, gelber 60—77. Roggen 54—56. Gerste 37—45. Hafer 25—30, Erbsen 56—66. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 275—304, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 258—288. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 210—234.

Wien, 15. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Czas.] Met. 61.85. — Nat.-Anl. 65.50. — 1860er Lose 81.05. — Bankactien 747. — Credit-Actien 146.10. — Silber 102.—. — London 102.70. — Ducat 4.91.

Paris, 15. Februar. 3% Rente 68.90. -- Neues österreichisches Anlehen 346.25.

Paris, 15. Februar. Course von 1 Uhr Mittags: 3percent. Rente 68.85. — Credit-Mob. 672. — Lombard 400. — Staatsbahn 401 matt. — Piem. Rente 60.90. — Consols —. — Oesterr. Anleihe 345.25.

Berlin, 14. Februar. Böhmische Westbahn 70⅞. — Gal. 80½. Staatsb. 108¼. — Freiwill. Anlehen 100. — 5perc. Met. 60. — Nat.-Anl. 64. — Credit-Lose 74½. — 1860er-Lose 79½. — 1864er Lose 49½. — 1864er Silber-Anleh. 67¼. — Credit-Actien 72⅝ — Wien fehlt.

Oesterr. still.

Frankfurt, 14. Februar. 5perc. Metall. 58½. — Anlehen vom Jahre 1859 69½. — Wien 114⅛. — Bankactien 847. — 1854er Lose 72¾. — Nat.-Anleh. 61⅞. — Cred.-Actien 167.62. — 1860er Lose 78⅞. -- 1864er Lose 86½. — 1864er Silber-Anlehen 67⅞. — American. 70⅞.

Die Bank setzt vom 15. d. M. ab den Discont auf 4½ Percent herab.

Schluß flau.

Frankfurt, 15. Februar. Wien 114⅛. — Nat. 60⅝. — Creditact. 166. — 1860er Lose 79. — 1864er Lose 87. -- Silber-Anleihe 67⅜.

Lemberg, 13. Februar. Holländer Ducaten 4.85 Geld, 4.91 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.87 Geld, 4.93 W. — Russischer halber Imperial 8.43 G., 8 54 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.56 G., 1.60 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.29 G., 1.31 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.52 G., 1.53 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 63 85 G., 64.48 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 66 88 G., 67.70 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 66.42 G., 67.05. — National-Anlehen ohne Coup. 64 58 G. 65.22 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 164.33 G. 165.83 W.

Krakauer Cours am 15. Februar. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez.— Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 124 verl. 121 gez.— Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 85½ verlangt, 83½ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 518 verl., 508 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 131½ verl., 128½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl ö. W. 153½ verl., 151 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 98¾ verl., 97¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 102¾ verl., 101¾ bez.— Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 4.90 verl. 4.80 bez. -- Napoleondors fl. 8.35 verl., fl. 8.20 bez. — Russische Imperials fl. 8.55 verl., fl. 8.40 bez.— Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 65.50 verl. 64.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 68.75 verl., 67.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 69.— bez. 68.— bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 167.— verl., 163.— bez.

Neueste Nachrichten.

Dem „Czas" wird aus Lemberg, 15. d. Nachm. telegraphisch gemeldet: In der heutigen Landtags-Sitzung interpellirt der Abgeordnete Agopsowicz den Regierungs-Commissarius wegen einer Haussuchung bei Kajetan Bohdanowicz im Sniatiner Bezirk. Der Commissarius erklärt, dieser Vorfall sei ihm nicht bekannt, aber werde untersucht werden. Sodann wurden 14 Petitionen erledigt. Die Berathungen über das Gemeindestatut für die Stadt Krakau sind bis § 86 geführt und größtentheils ohne Discussion den Commissionsanträgen entsprechend angenommen worden.

Die „Gen. Corr." enthält folgende Erklärungen: Ein hiesiges Abendblatt beschäftigte sich jüngst mit dem Gerüchte, daß aus Anlaß angeblicher russischer Truppen-Concentrirungen von österreichischer Seite eine bedeutende Verstärkung der Krakauer Garnison angeordnet worden sei. So wie uns nun einerseits von russischen Truppen-Concentrirungen an der österreichischen Gränze bisher nichts bekannt, können wir andererseits die angeblich angeordnete Verstärkung der Krakauer Garnison mit voller Bestimmtheit in den Bereich der müssigen Erfindungen verweisen.

Mehrere Blätter wollen den Fortbestand des k. k. Polizei-Commissariats in Bregenz von Vorkommnissen abhängig darstellen, welche in jüngster Zeit in Vorarlberg zu mannigfacher Beurtheilung Anlaß boten. Wir glauben hiezu nur bemerken zu sollen, daß die Frage über den Fortbestand oder die Auflösung von Gränz-Polizei-Commissariaten schon unlängst gelöst war und daß auf die Entscheidung, welche nicht nur das Bregenzer, sondern mehrere österreichische Gränz-Commissariate traf, ganz andere Motive als die oben supponirten Einfluß nehmen.

Die Nachricht, daß die Polizeiinspectionen auf den Bahnhöfen in Pest-Ofen aufgelöst worden seien, ist nach der „Gen.-Corr." unbegründet.

Pest, 15. Februar. „Magyar Vilag" widerlegt die gestrigen Bemerkungen des „Pesti Naplo" über den Beschluß der Magnaten bezüglich der Abfassung einer Sonder-Adresse und zeigt, daß die Nation durch die Huld Sr. Majestät nicht blos um Hoffnungen reicher geworden sei.

„Hirnöck" ermahnt die Rechte, sie möge den Muth zeigen, die Bemerkung, welche sie unter vier Augen gegen den Entwurf macht, offen auszusprechen.

Karlsruhe, 15. Febr. Der Landtag ist heute wiederum zusammengetreten. Es wurden verschiedene Gesetzentwürfe, darunter solche über die Presse, das Vereins- und Versammlungswesen vorgelegt.

München, 15. Februar. Die Dividende der baierischen Ostbahnen wurde mit 1¼ % festgesetzt; die Gesammtverzinsung beträgt demnach 5¾ Procent.

Berlin, 15. Feb. Die „Volksztg." bringt folgendes Telegamm aus Köln: In der Klagesache gegen Classen-Capelmann ist Freisprechung erfolgt.

Paris, 15. Februar. In der gestrigen Senatssitzung beweist Persigny, daß die gestrigen parlamentarischen Institutionen Frankreich nicht zusagen. Die Geschichte zeige veränderliche Freiheitsformen. Der Kaiser habe das Princip der Freiheit in die Verfassung eingeschlossen; es hänge von der öffentlichen Meinung ab, dasselbe zu entwickeln. Rouland sagt, die gegenwärtigen Freiheiten seien genügend. Marquis von Boissy behauptet das Gegentheil. Staatsminister Rouher billigt die Reden Persigny's und Rouland's. Die Adresse wurde einstimmig angenommen, der Kaiser wird dieselbe Sonntag entgegennehmen.

Madrid, 14. Februar. Der jüngst geborene Infant ist gestorben. Die Kammern werden für drei Tage geschlossen.

Bukarest, 14. Febr. Dem neuen Finanzminister ist es bereits gelungen, einen Theil der Anleihe zu realisiren. In der Kammer wurde ein Gesetz bezüglich der Einhebung der Staatssteuern durch die Communen, desgleichen ein Gesetz wegen Erhebung von Taxen für gerichtliche Bestätigungen und Beglaubigungen angenommen. — Das Journal „Sentinella" wurde zufolge fürstlichen Decretes unterdrückt. — In der Moldau tritt die Cholera wieder heftiger auf. In der kleinen Stadt Botoschan sind binnen 6 Tagen 130 Personen erkrankt.

Newyork, 3. Feb. (Abends.) General Weitzel leugnet, daß er von der Einnahme Bagdads gewußt habe. Die Bundesregierung wird dasselbe thun. Alle bei der Affaire von Bagdad Betheiligten werden einer besonderen Commission überwiesen. General Weitzel hat angeordnet, alle Bewaffneten im Rio-Grande-District zu verhaften. Juarez ist in Texas eingetroffen.

Triest, 15. Febr. (Levantepost). Constantinopel, 10. Febr. Derwisch Pascha wurde mit neuen Truppen nach dem Libanon geschickt. — Athen, 10. Febr. In Folge der unerwarteten vom König beschlossenen Vertagung der Kammer hat sich das neue Ministerium gebildet. Ein Circular der drei Schutzmächte an die hiesigen Gesandten droht, falls die Parteien sich nicht zur Herstellung der Finanzen und der inneren Ruhe einigen sollten, daß wirksame Maßregeln ergriffen werden sollen. — Bei der Insel Santorin sind merkwürdige vulkanische Erscheinungen vorgekommen.

Telegraphische Landtagsberichte.

Czernowitz, 15. Februar. Der Landesausschuß wird beauftragt, eine Adresse an Se. Majestät wegen Ertheilung eines einjährigen Grundsteuernachlasses zu verfassen; eine neuerliche Adresse wegen Wiederherstellung der gr.-or. Kirche und Einberufung einer Diöcesanversammlung wird beschlossen; ferner wird das Gesetz wegen Aufhebung der die Besitzfähigkeit der Israeliten beschränkenden Vorschriften angenommen, die Statutenänderung der galizischen Creditanstalt wird nicht genehmigt; das Nothstandsgesetz wurde sanctionirt; an Se. Majestät wurde die Bitte um Verlängerung der Session bis 21. Februar durch das Staatsministerium gerichtet. Abends Sitzung.

Brünn, 15. Februar. Der Landesausschuß wird beauftragt, über die Feststellung eines Straßennetzes für Mähren in der nächsten Session zu berichten. Hierauf Bericht des Gemeindeausschusses und Schluß der Session unter dreimaligem Hoch auf Se. Majestät.

Prag, 15. Febr. Abg. Stangler beantragt, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Erleichterung des freiwilligen Austausches von Grundstücken, behufs Zusammenlegung zu erlassen. Die Debatte bezüglich des Jagdgesetzes wird fortgesetzt. Bei §. 40 (Antrag der Commission: Geldstrafenverhängung dem Bezirksausschusse zuzuweisen) erklärt der Regierungsvertreter, der Antrag der Commission dürfte die Sanctionirung des Gesetzes unmöglich machen. Der Referent der Commision acceptirt hierauf den Regierungsantrag (derselbe weist die Strafverhängung den Bezirksbehörden zu). Der Regierungsantrag wird schließlich angenommen.

Linz, 15. Febr. Der Landeshauptmann liest in seiner Schlußrede einen Rückblick auf die Verhandlungen des Landtages und bemerkt; man werde den Landtag nicht unfruchtbar nennen können; doch seien bei Gesetzesbestimmungen, zu deren Zustandekommen der Landtag mitgewirkt, entgegengesetzte Auffassungen hervorgetreten, ohne daß der Weg beschritten worden sei, der allein zu einer Vereinbarung zu führen geeignet war; er bedaure, daß durch die neuesten Verhandlungen eine gewisse Gereiztheit sich hindurchgezogen habe. Nach einer Ansprache des Statthalters und Dr. Wiser's wird der Landtag unter dreimaligem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen.

Graz, 15. Februar Specialdebatte über das Bezirksvertretungsgesetz. — Hierauf folgt der Bericht des Ausschusses über die politische Territorialeintheilung. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen; derselbe lautet: In eine Begutachtung der Regierungsvorlage nicht einzugehen und auszusprechen, es liege im Interesse des Landes, daß die derzeit bestehenden Bezirksämter in ihrer dermaligen territorialen Begränzung insolange fortbestehen, bis im verfassungsmäßigen Wege eine Herstellung des inneren Verwaltungsorganismus erfolgen könne. Morgen Sitzung.

Pest 15. Februar. Die Sitzung der Deputirten-Tafel begann um 10¼ Uhr. Der Präsident kündigt die Adreßdebatte als Tagesordnung an und läßt zunächst die Thronrede verlesen. Dem folgt die Verlesung des Adreßentwurfs.

Agram, 15. Februar. In der heutigen Sitzung wurde beschlossen, die von Abg. Mragovic und Genossen unterzeichnete Adresse als Minoritätsvotum Sr. Majestät zu unterbreiten. Dr. Suhaj und Graf Friedr. Kulmer wurden vom Landtage beauftragt, beide Adressen Sr. Majestät einzuhändigen. — Der Vertreter von Zengg, Domherr Vinski, bemerkt in längerer Rede, daß unter der bestehenden Militär-Administration der Handel sich nicht heben, die materielle und geistige Entwicklung Zenggs zurückbleiben müsse. Der Landtag beschließt hierauf eine Repräsentation an Se. Majestät mit der Bitte um Aufhebung der militärischen Administration von Zengg.

Triest, 15. Februar. In der gestrigen Landtagssitzung wurde mit Bezug auf die Reform des städtischen Statuts beschlossen, beim Ministerium die Anerkennung zu erwirken, daß die Autonomie Triests ihre Grundlage im historischen Rechte der Stadt und namentlich in der Unterwerfungsurkunde von 1832 habe, unbeschadet der Verfassung des Reiches. Betreffend Hermet's Sprachmotiven wurde nach einer den Standpunct der Regierung darlegenden Erklärung des kaiserlichen Commissärs eine ablehnende motivirte Tagesordnung mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Bezüglich der Militärausheburg wurde ein Majestätsgesuch um Absendung einer Deputation an Se. Majestät den Kaiser beschlossen. Der Abgeordnete des Territoriums protestirt gegen die Beibehaltung des Milizbataillons, wenn das Territorium dafür nicht größeren Ersatz erhält. Der Regierungscommissär erklärt, die Regierung beharre in der Militärfrage auf ihrem früheren Standpunct.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 15. auf den 16. Februar.

Angekommen sind die HH. Gutsbesitzer: Marian Ritter von Dąbrowski aus Lemberg, Gustav Ritter von Dąbski a. Kossowa, Cäsar Graf Plater aus Posen.

Abgereist sind die HH. Gutsbesitzer: Joseph Konopka nach Mogielany, Władysław Dąbski nach Wojnicz, A. Broniewski nach Galizien, Wilhelm Homulacz nach Balice.

Amtsblatt.

Kundmachung. (186. 2-3)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft am 31. Dezember 1865, Z. 18616 zu Recht erkannt: Das in Leipzig 1865 im Verlage von F. A. Brockhaus erschienene Werk: „Biblioteka pisarzy polskich Tom 31. — Wizerunki polityczne dziejów państwa polskiego Tom 4. Polska w kraju w 1848 roku sprawy poznańskie, krakowskie i galicyjskie. Zbiór dokumentów z tych czasów jako materyałów do historyi politycznéj państwa polskiego" begründe den Thatbestand des im § 65 a. St. G. vorgesehenen Verbrechens und werde daher nach § 36 P. G. für den ganzen österreichischen Kaiserstaat verboten.

Z. 2899. **Kundmachung.** (188. 1-3)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht in Krakau hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt den Beschluß gefaßt, der Inhalt der in der Druckerei der „Ojczyza in Bendlikon" im Jahre 1866 erschienenen Broschüre: „Galicya i Austrya" przez ??? begründe den Thatbestand des Verbrechens des Hochverraths nach § 58 lit. c, des Verbrechens der Majestätsbeleidigung und der Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses nach § 63 und 64, sowie des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit. a. St. G. B. und es werde in Gemäßheit des § 36 des Preßgesetzes das Verbot ihrer weiteren Verbreitung hiemit ausgesprochen.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Krakau am 14. Februar 1866.

Z. 1152. **Kundmachung** (180. 2-3.)

wegen Bemautung der $7^{2310}/_{4000}$ Meilen langen Weichsel-Parallel-Straße von Oświęcim bis Borek fałęcki.

Das hohe k. k. Finanz-Ministerium hat laut Erlasses vom 29. Dezember 1865 Z. 59971 im Einvernehmen mit dem k. k. Staats-Ministerium die Bemautung der von Oświęcim bis Borek fałęcki führenden $7^{2310}/_{4000}$ Meilen langen Weichsel-Parallelstraße angeordnet.

Demzufolge wird bei jedem der in den Orten Oświęcim, Zator und Brzeźnica aufgestellten Mautschranken die Wegmaut für zwei Meilen, dagegen bei dem im Orte Skawina aufgestellten Mautschranken die Wegmaut nur für Eine Meile eingehoben werden.

Dies wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß diese Maßregel vom 1. April 1866 angefangen in Wirksamkeit tritt.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krakau am 2. Februar 1866.

Nr. 130. **Concurs-Ausschreibung.** (191. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird zur Besetzung einer erledigten Landesgerichtsraths-Stelle mit dem Gehalte von 1680 fl. und im Falle der graduellen Vorrückung mit dem Gehalte von 1470 fl. der Concurs hiemit ausgeschrieben, und haben die Bewerber ihre Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" im vorgeschriebenen Wege an das k. k. Landesgerichts-Präsidium zu überreichen, und disponible Beamte auch nachzuweisen, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezügen und seit welcher Zeit sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt sind, endlich bei welcher Casse sie ihre Disponibilitäts-Genüße beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes.

Krakau, am 14. Februar 1866.

Z. 1014. **Kundmachung.** (182. 2-3)

Das hohe k. k. Staats-Ministerium hat laut Erlaß vom 9. Jänner 1866 Z. 24201/2646 im Einvernehmen mit dem hohen k. k. Finanz-Ministerium der Gutsherrschaft in Dębica die Einhebung einer Ueberfuhrsmauth bei der von ihr unterhaltenen Ueberfuhr über den Wisłoka-Fluß nächst Kędzierz nach der II. Classe des für Privat-Ueberfuhrsmauten geltenden Tarifes vom Jahre 1842 unter Einhaltung der für diese Maut-Kathegorie festgesetzten Befreiungen und Begünstigungen auf die Dauer von fünf Jahren bewilligt.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 6. Februar 1866.

Obwieszczenie.

Wysokie c. k. Ministerstwo stanu w porozumieniu z c. k. Ministerstwem skarbu, raczyło dekretem z dnia 9 stycznia 1866 r. l. 24201/2646 udzielić państwu Dębicy pozwolenie do pobierania myta przewozowego przy przewozie na rzece Wisłoka przy Kędzierzu podług II klasy taryfy myta przewozowego na rogatkach prywatnych z roku 1842 z zastósowaniem się do przepisów dla powyższéj kategoryi rogatek względem uwolnienia od opłaty należności istniejących na lat pięć.

Co się niniejszém do powszechnéj wiadomości podaje.

Z c. k. Komisyi namiestniczéj.

Kraków, dnia 6 lutego 1866.

L. 1086. **Edykt.** (185. 2-3)

C. k. Sąd delegowany miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Krystynę z Szumkrowiczów Paschalską i w razie jej śmierci nieznanych jéj spadkobierców, że przeciw niéj pod dniem 13 października 1865 l. 14678 c. k. Prokuratorya skarbowa imieniem kościoła N. P. Maryi w Krakowie działająca o zapłacenie kwoty 500 złp. z przyn. wniosła pozew, w załatwieniu tegóż pozwu termin do rozprawy na dzień 13 kwietnia 1866 o godz. 10 rano wyznaczony został.

Gdy życie i miejsce pobytu pozwanéj Krystyny z Szumkrowiczów Paschalskiéj lub jéj spadkobierców niewiadome jest, przeto c. k. Sąd del. miejski w celu zastępowania pozwanéj lub jéj spadkobierców, jak równie na koszt i niebespieczeństwo téjże tutejszego adwokata p. Dra. Biesiadeckiego kuratorem nieobecnéj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tém c. k. Sądowi del. miejs. doniosła, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków dnia 30 stycznia 1866.

Z. 3030. **Kundmachung.** (184. 2-3)

Die k. k. Statthalterei hat über Vorschlag des Professoren-Collegiums der medicinischen Facultät an der Wiener Universität die erledigten zwei Krausneker'schen Stipendien im jährlichen Betrage von Drei Hundert Fünfzehn (315) Gulden ö. W. den Medicinern des I. Jahrganges an der Universität in Wien und zwar

1. Xaver Krausneker aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie des gottseligen Stifters Peter Krausneker, und
2. Ladislaus Lipiński, Lemberger Bürgerssohn, bis zur Vollendung der Studien und Erlangung der Doctorswürde verliehen.

Lemberg, am 31. Jänner 1866.

Obwieszczenie

C. k. Namiestnictwo nadało na wniosek kolegium profesorów wydziału medycznego przy wszechnicy Wiedeńskiéj dwa opróżnione stypendya z fundacyi Krausneckera w rocznéj kwocie trzystu pietnaście (315) złotych reńskich w. a. słuchaczom medycyny 1 roku na wszechnicy Wiedeńskiéj, a mianowicie:

1. Ksaweremu Krausnecker tytułem należności do familii ś. p. Piotra Krausneckera i
2. Władysławowi Lipińskiemu, synowi mieszczanina Lwowskiego, aż do ukończenia nauk i uzyskania godności doktora.

Lwów, dnia 31 stycznia 1866.

N. 3638. **Kundmachung.** (183. 2-3)

Seine Excellenz der Herr Statthalter haben vom Schuljahr 1865/6 angefangen dem Schüler der IV. Classe am Samborer Gymnasium Stefan Dzurdz-Sielecki ein Familienstipendium jährlicher 210 fl. ö. W. aus der Angela Sielecki'schen Stiftung verliehen.

Von der k. k. Statthalterei

Lemberg, am 27. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

Jego Ekscelencya pan Namiestnik nadał zacząwszy od roku szkolnego 1865/6 uczniowi 4 klasy gimnazyum Samborskiego, Szczepanowi Dżurdzie Sieleckiemu stypendyum familijne w kwocie 210 złr. w. a. z fundacyi Anieli Sieleckiéj.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 27 stycznia 1866.

Z. 1711. **Edict.** (181. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreis-Gerichte wird dem, dem Leben und Aufenthaltsorte nach unbekannten J. Frühling mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn, so wie wider Debora Goldfarb, Osias Weiss wegen Zahlung der Wechselsumme 340 fl. s. N. G. die Wechselklage unterm 27. Jänner 1866 Z. 1711 überreicht, und um Zahlungsauflage das Begehren gestellt, welcher auch unterm 29. d. M. erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Erstbelangten unbekannt ist, so hat das k. k. Tarnower Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Adv. Hrn. Dr. Hoborski mit Substituirung des Hrn. Adv. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreis-Gerichtes.

Tarnow, am 29. Jänner 1866.

L. 494. **Obwieszczenie.** (187. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski p. Adamowi Homentowskiemu czyli Homesitowskiemu z życia i miejsca pobytu niewiadomemu, a w razie jego śmierci z imienia i nazwiska, z życia i miejsca pobytu niewiadomym spadkobiercom niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Paulina i Wanda Łazowskie przeciw nim względem wyeliminowania sumy 1350 złr. m. k. czyli 1417 złr. 50 kr. w. a. z ceny kupna realności pod nr. 91 w Tarnowie położonéj, tabelą płatniczą c. k. Sądu obwodowego Tarnowskiego z dnia 23 sierpnia 1860 l. 9908 na III miejscu onéjże ceny kupna kollokowanéj sub praes. 9 stycznia 1866 l. 494 skargę wniosły i o pomoc sądową prosiły, wskutek czego termin do ustnéj rozprawy na dzień 19 maja 1866 o godz. 10 przed południem wyznaczony jest.

Ponieważ pobyt zapozwanych nie jest wiadomym, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebespieczeństwo zapozwanych tutejszego p. adwokata Dra. Jarockiego z substytucyą p. adw. Dra. Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub téż innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczéj z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 18 stycznia 1866.

L. 8410. **Edykt.** (190. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Nowo-Sądecki czyni wiadomo, że Ludwina z Stobnickich 1 małżeństwa Rumińska, 2 małżeństwa Lubieniecka, wniosła dnia 29 grudnia 1865 do l. 8410 prośbę o amortyzacyę skryptu dłużnego przez Jana Kantego Żuka Skarżewskiego w Dąbrówce 10 grudnia 1839 na 1000 złr. m. k. dla Ludwiny z Stobnickich Rumińskiéj wystawionego, w stanie dłużnym sumy 17800 złr. m. k., względnie resztującéj sumy 9200 złr. m. k. na częściach dóbr Wojnarowa Dom. 170, pag. 105, n. 114 on. ciążącéj, Instr. 452, pag. 155, n. 1 on. na rzecz Ludwiny z Stobnickich Rumińskiéj zaintabulowanego i że wskutek téj prośby celem wysłuchania stron interesowanych termin na 14 marca 1866 godz. 10 rano wyznaczonym został.

Ponieważ Jan Kanty Żuk Skarżewski jako wystawiciel owego skryptu, tudzież Seweryn Domaradzki, Baruch Ehrensal, Izak Sandbank, Franciszek Barański i Nepomucena Żukowa Skarżewska jako właściciele hipoteki względem sumy 1000 złr. m. k. z miejsca pobytu i życia niewiadomi są, przeto postanowionym został dla nich, lub w razie ich śmierci dla ich z nazwiska i życia nieznanych spadkobierców kurator w osobie pana adwokata Dra Micewskiego z zastępstwem pana adwokata Dra. Zajkowskiego.

O tém uwiadamia się nieobecne strony interesowane.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy-Sącz, dnia 8 stycznia 1866.

N. 3467. **Concurs.** (193. 1-3)

Zur Verleihung der Concession für die mit hohem Statthalterei-Commissions-Erlasse ddto. Krakau vom 11. November 1865 Z. 28990 für Ulanow bewilligte öffentliche Apotheke, wird im Sinne der allerhöchsten Entschließung vom 26. November 1833 der Concurs bis 15. März 1866 ausgeschrieben, bis wohin die auf die Verleihung dieses Personalgewerbes abzielenden gehörig instruirten Gesuche bei diesem k. k. Bezirksamte einzureichen sind.

K. k. Bezirksamt.

Ulanow, den 13. Februar 1866.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.: — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in zwei Gattungen classificirt.

Aufführung der Producte	I. Gattung von fl.	kr.	bis fl.	kr.	II. Gattung von fl.	kr.	bis fl.	kr.
Der Metzen Winter-Weizen	2	87½	4	—	3	50	3	75
„ Saat-Weizen	—	—	—	—	—	—	3	—
„ Roggen	2	87½	3	—	—	—	2	80
„ Gerste	—	—	2	25	—	—	2	—
„ Hafer	—	—	1	30	—	—	1	25
„ Erbsen	3	75	4	—	3	25	3	50
„ Hirsegrütze	5	25	5	38	4	90	5	—
„ Fisolen	5	—	5	25	4	25	4	75
„ Buchweizen	—	—	2	50	—	—	2	25
„ Hirse	—	—	2	75	—	—	2	50
„ Kleesaat weiß	—	—	—	—	—	—	—	—
„ „ roth	—	—	25	—	—	—	24	—
„ Erdäpfeln	—	—	1	15	—	—	1	—
Zentn. Heu (Wien. Gew.)	—	—	1	25	—	—	—	—
„ Stroh	—	—	—	90	—	—	—	—
Pfund fettes Rindfleisch	—	17	—	19	—	15	—	16
„ mageres „	—	16	—	17	—	14	—	15
„ Lungenfleisch	—	30	—	25	—	—	—	27½
Spiritus Garniec mit Bezahlung	—	—	2	65	—	—	—	—
dito. abgezogener Branntw.	—	—	1	70	—	—	—	—
Garnetz Butter (reine)	—	—	3	25	—	—	—	—
1 Pfund Schweinefleisch	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Kalbfleisch	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Salz	—	—	—	9	—	—	—	—
„ Speck	—	36	—	38	—	—	—	34
Hühner-Eier 1 Schock	—	—	—	85	—	—	—	—
Gerstengrütze ¼ Metzen	—	—	—	45	—	35	—	46
Czestochauer dtto.	1	26	1	25	—	—	1	15
Weizen dtto.	—	—	1	—	—	—	—	90
Perl dtto.	1	—	1	25	—	—	—	90
Buchweizen dtto.	—	—	1	—	—	—	—	95
Geriebene dtto.	—	—	—	80	—	—	—	75
Graupe dtto.	—	—	—	70	—	—	—	65
Hirsengrütze dtto.	—	70	—	75	—	—	—	65
Mehl aus fein. Centner	9	20	9	70	7	20	8	—
1 Schock Häupterkraut	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Klafter hartes Holz	—	—	—	—	—	—	—	—
„ weiches „	—	—	—	—	—	—	—	—

Vom Magistrate der Hauptstadt Krakau am 13. Jänn. 1866.

Deleg. Bürger Tatarkiewicz. Maistrats-Rath Wisłocki. Markt-Kommissär Jezierski.

Wiener Börse-Bericht

vom 14. Februar.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	57.60	57.70
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	64.80	65.—
vom April — October	64.80	65.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	61.70	61.80
dtto „ 4½% für 100 fl.	54.25	54.75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	146 —	146.50
„ 1854 für 100 fl.	76.75	77.25
„ 1860 für 100 fl.	89.—	89.25
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	75.35	75.45
„ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	81.—	82.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	80.—	81.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.—	86.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67.75	68.50
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	66.—	66.50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	70.—	70.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.75	66.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	62.50	63.—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.—	66.50

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	744.—	745.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öftr. W.	145.60	145.80
der Niederöst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	572.—	573.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1519.	1521.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C.M. oder 500 Fr.	164.70	164.80
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öftr. W. oder 500 Fr.	161.50	162.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M.	118.—	118.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. C.M.	160.80	161.—
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Gef. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	78.—	79.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	141.75	142.25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. C.M.	108.—	108.50
der Theisb. zu 200 fl. C.M. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C.M.	455.—	457.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M.	213.—	215.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öftr. W.	375.—	385.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C.M.	—.—	360.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.25	104.75
verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.70	91.80
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.25	87.40
Galiz. Credit-Anstalt öftr. W. zu 4% für 100 fl.	—.—	64.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öftr. W.	114.50	114.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. C.M.	80.—	81.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M.	109.50	110.50
„ „ „ zu 50 fl. C.M.	48.—	48.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öftr. W.	23.—	23.50
Esterhazy zu 40 fl. C.Mze	—.—	75.—
Salm zu 40 fl. „	26.25	2[illegible].75
Palffy zu 40 fl. „	22.50	23.—
Clary zu 40 fl. „	22.—	23.—
St. Genois zu 40 fl. „	21.—	22.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.50	16.—
Waldstein zu 20 fl. „	19.—	19.50
Keglevich zu 10 fl. „	12.25	12.75
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 6%	86.25	86.50
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 6%	86.30	86.55
Hamburg, für 100 M. B. 4%	77.15	77.30
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	102.90	103.40
Paris, für 100 Francs 5%	41.10	41.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	4	91	4	92
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	4	91	4	92
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	8	32	—	—	8	32	8	33
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	50	8	53
Silber	—	—	—	—	102	10	102	20

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf ½ Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
15	2	328''' 25	+ 2°0	56	Süd still	heiter		−2°3	+2°2
	10	28 43	— 1,4	100	Nord-Nord-Ost still	„			
16	6	29 06	— 2,8	100	West still	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**

Amtsblatt.

Nr. 327. **Kundmachung** (153. 2-3)

in Betreff der

Ausfolgung neuer Couponsbogen zu den siebenbürgischen Grundentlastungs-Obligationen.

Am 1. Juli 1866 ist der letzte der den siebenbürgischen Grundentlastungs-Obligationen beigegebenen Coupons fällig und es tritt die Nothwendigkeit ein, diese Obligationen mit neuen Couponsbogen zu versehen.

In Bezug auf die Hinausgabe dieser neuen Couponsbogen werden folgende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Die Ausgabe der neuen Couponsbogen hat am 1. Juli 1866 zu beginnen.
2. Die Couponsbogen können nicht nur bei der Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt, sondern auch in Wien bei der II. Abtheilung der k. k. Staats-Centralcasse (Staats-Depositencasse), dann bei den, als Grundentlastungsfondscassen fungirenden landesfürstlichen, beziehungsweise landschaftlichen Cassen in Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Laibach, Innsbruck, Prag, Brünn, Troppau, Görz, Triest, Parenzo, Lemberg, Krakau, Czernowitz, Ofen und Agram, endlich bei der k. k. Landeshauptcasse in Temesvar, bei den k. k. Filialcassen in Preßburg, Oedenburg, Kaschau, und bei der k. k. Sammlungscasse in Großwardein behoben werden.
3. Wollen die Couponsbogen vom 1. Juli 1866 ab bei der Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt behoben werden, so sind zu diesem Behufe die Original-Schuldverschreibungen bei dieser Casse zu produciren, und dieselbe wird, wenn gegen die Ausfolgung der Couponsbogen kein Anstand obwaltet, selbe gegen ungestempelte Empfangsbestätigung ausfolgen, zugleich aber die geschehene Erfolgung auf den Obligationen ersichtlich machen.
4. Wenn die Couponsbogen bei einer der übrigen im Absatze 2 bezeichneten Cassen erhoben werden wollen, so sind vom 1. Juli 1866 ab die Original-Obligationen mittelst einer in triplo beizubringenden Consignation bei jener Casse zu überreichen, bei welcher die Erhebung der Coupons beabsichtigt wird. Diese Casse wird den Obligationen die Anmeldungsclausel aufdrücken, dieselben der Partei zurückstellen, sich sodann wegen Ueberkommung der Couponsbogen an die Grundentlastungsfondscasse in Herrmannstadt wenden, und wenn kein Anstand obwaltet, die Coupons nach deren Einlangen der Partei gegen abermalige Producirung der Original-Obligationen, dann gegen Beibringung einer ungestempelten Empfangsbestätigung, und gegen Vergütung der für die Uebersendung entfallenden Gebühr ausfolgen, nachdem die Erfolgung auf den Obligationen ersichtlich gemacht wurde.

   Die Gebühr wird für jede Sendung nebst der unveränderlichen Grundtaxe von 15 Kreuzern, mit der Hälfte des tarifmäßigen Werthporto bemessen.
5. Jene Parteien, welche die Couponsbogen bei der Staats-Depositencasse in Wien (Singerstraße, Bankogebäude) zu erheben wünschen, können sich übrigens bei der letzteren schon innerhalb des Zeitraumes vom 1. Februar bis Ende April 1866 unter Beibringung der Original-Obligationen und einer einfachen Consignation anmelden.

   Die Anmeldung während dieses Zeitraumes enthebt von der Zahlung der ad 4 erwähnten Gebühr und beginnt die Ausfolgung der Couponsbogen hinsichtlich der im obigen Zeitraume erfolgten Anmeldungen gegen abermalige Beibringung der Original-Obligationen und einer ungestempelten Empfangs-Bestätigung am 1. Juli 1866.

   Erfolgt die Anmeldung nicht in den oben genannten drei Monaten, so finden vom 1. Juli 1866 an die ad 4 angeführten Bestimmungen Anwendung.
6. Hinsichtlich jener Obligationen, welche bei der priv. österreichischen Nationalbank in Wien, oder deren Filialen verpfändet oder deponirt sind, wird die Nationalbank, beziehungsweise deren Filiale, wenn die Partei bei derselben darum ansucht, die Erhebung der neuen Coupons selbst veranlassen.
7. Behufs der Erlangung der Couponsbogen zu jenen Obligationen, welche sich bei den Waisencommissionen, beziehungsweise bei den Waisenämtern, und in gerichtlicher Aufbewahrung befinden, bleibt es in der Regel den betreffenden Vermögensverwaltern, welchen sonst auch die einzelnen Coupons zur Verfallszeit ausgefolgt werden, überlassen, sich die zeitweilige Erfolgung der deponirten Obligationen, zum Zwecke der Couponsbogen-Erhebung, beziehungsweise Anmeldung zu erwirken; nur bezüglich jener, namentlich in Siebenbürgen deponirten Obligationen, von welchen die verwahrenden Aemter die einzelnen Coupons zur Verfallszeit sonst selbst zu realisiren pflegen, haben sich diese Aemter wegen Erlangung der Couponsbogen unter Beibringung der Original-Obligationen an die Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt zu wenden.
8. Die Blanquetten zu den Consignationen werden bei den betreffenden Cassen unentgeltlich verabfolgt.

Von der k. siebenbürgischen Hofkanzlei.

Z. 3986. **Kundmachung.** (169. 2-3)

Der galizische Landtag hat in Betreff der Einhebung der Landeszuschläge für das Jahr 1866 unterm 19. Dezember 1865 nachfolgenden Beschluß gefaßt:

Artikel I.

Die bisherigen Zuschläge zu den directen Steuern mit $11^1/_2$ Kreuzer jährlich von einem jeden Gulden der directen Steuern für den Landesfond und 51 Kreuzer jährlich für den Grundentlastungs-Fond ohne Einrechnung des Kriegszuschlages werden auch im 1. Quartale des V. J. 1866 in der bisherigen Weise eingehoben.

Artikel II.

Dieser Beschluß kann den Beschlüssen nicht präjudiciren, welche der Landtag bei Feststellung des Voranschlags für das Jahr 1866 bezüglich der oberwähnten Zuschläge selbst in Betreff des ersten Quartals 1866 fassen sollte, und hat in keinem Falle länger verbindliche Kraft, als bis Ende März 1866.

Laut h. Staatsministerial-Erlasses vom 9. d. Mts. Z. 161/St. M. haben Se. k. k. Apostolische Majestät mit a. h. Entschließung vom 8. d. M. die oberwähnte, vom galizischen Landtage für das 1. Quartal 1866 beschlossene Umlage zu genehmigen geruhet, was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Bezüglich der vom 1. Jänner 1866 beginnenden Einhebung und Verrechnung dieser Steuer-Zuschläge, ferner der Einkommensteuern von jenen stehenden Bezügen, welchen nach der a. h. Entschließung vom 25. November 1858 und der in Folge derselben erflossenen speciellen Bestimmungen (Verordnungsblatt des Finanz-Ministeriums Nr. 62 ex 1858 und Nr. 18 ex 1859) die Befreiung von der Entrichtung der Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge nicht zukömmt, werden die nöthigen Verfügungen getroffen.

Von der k. k. Statthalterei.

Lemberg, am 28. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

Galicyjski sejm krajowy powziął co do poboru dodatków krajowych za rok 1866 pod dniem 19 grudnia 1865 następującą uchwałę:

Artykuł I.

Dotychczasowe dodatki do podatków stałych, po $11^1/_2$ centów rocznie od każdego złotego austr. do podatku stałego na fundusz krajowy, a po 51 centów rocznie na fundusze indemnizacyjne bez wliczenia dodatku wojennego wynoszące, będą i w pierwszym kwartale roku administracyjnego 1866 tak jak dotąd pobierane.

Artykuł II.

Uchwała ta nie może przesądzać uchwałom, jakieby sejm przy uchwaleniu budżetu na rok 1866 co do pomienionych dodatków nawet względem pierwszego kwartału roku 1866 chciał powziąść, w żadnym zaś razie nie obowiązuje dłużéj, jak do końca marca 1866 roku.

Podług dekretu wysokiego Ministerstwa stanu z 9 b. m. l. 161/M. S. raczył Jego c. k. Apostolska Mość najw. postanowieniem z 8 t. m. zatwierdzić najłaskawiéj wyż wspomniony, przez galic. sejm krajowy na 1 kwartał 1866 r. uchwalony podatek, co się niniejszém podaje do wiadomości powszechnéj.

Co do rozpoczynającego się od 1 stycznia 1866 poboru i obliczenia tych dodatków podatkowych, tudzież podatków dochodowych od takich płac stałych, którym podług najw. postanowienia z 25 listopada 1858 i wydanych na mocy jego szczegółowych postanowień, (Dziennik rozporządzeń Ministerstwa finansów nr. 62 z r. 1858 i nr. 18 z r. 1859) nie przysługa uwolnienie od opłaty dodatków krajowych i indemnizacyjnych, będą wydane potrzebne rozporządzenia.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 28 stycznia 1866.

L. 23706. **Edykt.** (173. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem masę spadkową Wincentego Dunikowskiego, a względnie jego możliwych z imienia, życia i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców, że przeciw nim p. Edward Jaszczurowski o orzeczenie, że prawo zastawu dla sum 1113 złr. 12 kr. m. k. i 20 złr. 36 kr. m. k. w stanie biernym dóbr Połom małe w obwodzie niegdyś Bocheńskim a obecnie Krakowskim położonych wedle dom. 23, p. 162, n. 6 et 7 on. na rzecz Wincentego Dunikowskiego, a względnie jego masy spadkowéj zaintabulowane najdłuższém przedawnieniem wygasło, a zatém z tych dóbr wyekstabulowaném być winno, dnia 14 grudnia 1865 do l. 23706 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu do ustnéj rozprawy wyznacza się termin na dzień 13 marca 1866 o godzinie 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Kańskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém ces. kr. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 19 grudnia 1865.

L. 359. **Edykt.** (174. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem sukcesorów Ludwiki z bar. Laryszów ks. Sułkowskiéj, sukcesorów Karoliny z Borowskich Łąckiéj t. j. Fortunata, Antoniego, Michała, Ignacego, Maryannę i Weronikę Łąckich, spadkobierców Jadwigi z Wilkońskich Borowskiéj, że przeciw nim o ekstabulacyę sumy 270200 złp., a względnie po wyekstabulowaniu sumy 150000 złp. powstałéj reszty takowéj z hipoteki dóbr Skawy i Naprawy wraz z suboneracyą, p. Kalikst br. Borowski na dniu 7 stycznia 1866 do l. 359 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu do rozprawy podług przepisów o postępowaniu sądowém ustném termin audyencyonalny na dzień 6 marca 1866, godz 10. rano, w Sądzie tut. wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania tychże pozwanych, jak równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego z podstawieniem p. Dra. Balko kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 9 stycznia 1866.

L. 885. **Edykt.** (177. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. G. Kolberga, że przeciw niemu p. Michał Eibenschütz w Krakowie na dniu 15. Stycznia 1866 L. 885 o zapłacenie sumy wekslowéj 312 złr. 75 kr. w. a z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu uchwałą z dnia 16. stycznia 1866 L. 885 poleconém zostało pozwanemu G. Kolbergowi, aby sumę wekslową 312 złr. 75 kr. w. a. z procentem po 6% od dnia 1. Maja 1865, tudzież koszta w kwocie 9 złr. 1 kr. w. a. panu Michałowi Eibenschützowi w trzech dniach pod rygorem egzekucyi wekslowéj wypłacił lub w tym samym terminie, jeżeliby miał jakie zarzuty, takowe do Sądu wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego G. Kolberga nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanego G. Kolberga, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. kr. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 16 stycznia 1866.

L. 1849. **Edykt.** (178. 2-3)

C. k. Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Maryą hr. Sierakowską i masę leżącą śp. Wacława hr. Sierakowskiego że przeciw nim p. Ludwika z hr.-Żelińskich 1go ślubu Br. Borowska 2go Wężykowa o ekstabulacyą wzajemnego prawa dożywocia Romana i Teressy hr. Sierakowskich w stanie biernym dóbr Rokiciny dom. 63 p. 20 n. 11 i 12on, tudzież dom. 63, p. 21 n. 13 on., na rzecz Józefa i Wacława hr. Sierakowskich zaintabulowanego ze stanu biernego tych dóbr dnia 28. stycznia 1866 do L. 1849 wniosła pozew, w załatwieniu któregoto pozwu audyencya sądowa na dzień 20. Marca 1866 o godz. 10. rano wyznaczoną została.

Gdy miejsce pobytu pozwanéj Maryi hr. Sierakowskiéj jest nieznane, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanéj, jak również na koszt i niebezpieczeństwo téjże tutejszego adwokata p. Dra. Kańskiego dodając mu na zastępcę Dra. Kucharskiego kuratorem nieobecnéj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrała i o tém c. k. Sądowi Krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych do obrony użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 30 stycznia 1866.

L. 2107. **Edykt.** (175. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynberga, że przeciw niemu p. Abisch Schmeidler o zapłacenie sumy wskslowéj 312 złr. w. a. na dniu 31 stycznia 1866, do l 2107 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu poleconém zostało dłużnikowi p. Dawidowi Tynbergowi uchwałą z dnia 5 lutego 1866, aby sumę wekslową 312 złr. w. a. z przyn. w 3 dniach pod surowością egzekucyi wekslowéj p. Abischowi Schmeidlerowi wypłacił, lub zarzuty wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego Dawida Tynberga, jak równie na koszt i niebespieczeństwo tegóż tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł. w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 5 lutego 1866.

L. 24184. **Edykt.** (176. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Józefę Schenderę, że w sporze wekslowym o sumę 65 złr. w. a. przeciw niéj prowadzonym powód Wolf Genger, prawonabywca Chaima Rebena na dniu 19 grudnia 1865 prośbę protokolarną o odroczenie terminu do dupliki wniósł, w załatwieniu któréj Sąd nowy termin do dalszego postępowania na dzień 13 marca 1866 wyznaczył.

Gdy miejsce pobytu pozwanéj nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanéj Józefy Schendery, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo téjże tutejszego adwokata Dra. Zuckra kuratorem nieobecnéj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środkow prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 30 grudnia 1865.

L. 886. **Edykt.** (151. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynberga), iż przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866 do l. 886 p. Michał Eibenschütz o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu mocą uchwały z dnia 16 stycznia 1866 l. 886 poleconém zostaje pozwanemu sumę wekslową 520 złr. w. a. z procentem po 6% od dnia 16 listopada 1865, jak również koszta 9 złr. 21 kr. w. a. w przeciągu dni trzech pod rygorem egzekucyi wekslowéj p. Michałowi Eibenschützowi wypłacić, lub w tym samym terminie zarzuty, jeżeliby miał jakie, takowe do Sądu wnieść.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynbergera nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego Dawida Tynbergera, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajow. doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musiał,

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

N. 887. **Edykt.** (172. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynberga), że przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866, do l. 887 p. H. Eibenschütz w Krakowie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu na dniu 16 stycznia 1866 l. 887 wydany został nakaz zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. wraz z procentem po 6% od dnia 30 maja 1864, tudzież kosztów w kwocie 9 złr. 21 kr. w. a., a to w dniach 3 pod rygorem egzekucyi wekslowéj, w którym atoli terminie pozwany także zarzuty, jeżeliby miał jakie, do Sądu wnieść ma.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynberga nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Ko-

czyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

Nr. 1720. **Edict.** (157. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe die Firma Dr. Schlesinger et Söhne in Gleiwitz wider Therese Gräfin Bobrowska wegen Zahlung der Wechselforderung pr. 2000 Thlr. preuß. s. N. G. unterm 26. Jänner 1866 Z. 1720 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag der Summe pr. 2000 Thlr. preuß. sammt N. G. am 29. Jänner 1866 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu ihrer Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Geissler als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 29. Jänner 1866.

L. 1153. **Edykt.** (148. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera, że przeciw niemu Selde Mandelbaum dnia 19 stycznia 1866 l. 1153 o zapłacenie sumy wekslowéj 615 złr. w. a. z przyn. wniosła pozew.

Gdy miejsce pobytu pozwanego jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego z zastępstwem p. Dra. Machalskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zakresie 3 dni albo sam wniósł zarzuty, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 22 stycznia 1866

L. 884. **Edykt.** (149. 2-3)

Ces. królewski Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynbergá), że przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866 l. 884 p. Michał Eibenschütz w Krakowie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 253 złr. 33 kr. w. a. z przyn. wniósł pozew; w załatwieniu tegóż pozwu mocą uchwały z dnia 16 stycznia 1866 l. 884 poleconém zostało, aby p. Michałowi Eibenschützowi sumę 253 złr. 33 kr. w. a. z procentem po 6% od sta od dnia 9 listopada 1865, tudzież koszta w kwocie 8 złr. 21 kr. w. a. w 3 dniach pod rygorem egzekucyi wekslowéj wypłacił, lub w tym samym terminie, jeżeliby miał jakie zarzuty, takowe do Sądu wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynbergera Sądowi nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adw. p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

Nr. 2352. **Edykt.** (159. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Władysława Kowalskiego, że przeciw niemu pan Hirsch Gutmann wniósł pod dniem 4 Lutego 1866 L. 2352 pozew wekslowy o nakaz zapłaty sumy wekslowéj 260 Złr. w. a. z przyn., w załatwieniu którego pozwu pod dniem dzisiejszym nakaz zapłaty sumy 260 Złr. w. a. z przyn. wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Władysława Kowalskiego wiadomém nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Rydzowskiego kuratorem z podstawieniem jako substytuta p. Dra. Geisslera nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 5 lutego 1866.

L. 22346. **Obwieszczenie.** (160. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy podaje niniejszém do publicznéj wiadomości, iż w drodze egzekucyi prawomocnego wyroku z dnia 21 Listopada 1864 L. 19483 celem zaspokojenia przyznanéj p. Teofili z Baronów Lewartowskich Likowéj sumy 210 dukatów austryjackich ważnych lub wartości tychże w banknotach austryjackich podług kursu na dniu wypłaty istniejącego wraz z procentami po 5% od dnia 19 czerwca 1861 aż do dnia rzeczywistéj wypłaty owego kapitału obliczyć się mającemu, kosztami sporu w kwocie 11 Złr. 76 kr. w. a., kosztami egzekucyi w kwotach 6 Złr. 66 kr. i 5 Złr. 37 kr. w. a. już przyznanemi jakotéż kosztami obecnie w kwocie 42 Złr. 59 kr. w. a. przyznającemi się dozwala publiczną sprzedaż połowy realności N. 530 lit. B. G. IV/370 Dz. I w Krakowie położonéj, według ks. gł. Gm. IV vol. ant. 2 pag. 542 n. 1 haer. p. Scholastyki 1go ślubu Chorubskiéj, 2go ślubu Tarnowskiéj własnéj i to w trzech terminach na dniu 24 lutego, 24 marca i 27 kwietnia 1866 każdą razą o godzinie 10 przed południem odbyć się mających pod następującemi warunkami:

Za cenę wywołania ustanawia się sądownie oznaczona wartość połowy téjże realności w kwocie 3674 złr. 80 kr. w. a.

Realność ta na piérwszych trzech terminach niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną nie będzie.

Chęć kupna mający złoży przed rozpoczęciem licytacyi do rąk komissyi licytacyjnéj jako wadyum kwotę 360 złr. w. a. w gotówce lub w obligacyach państwa albo w listach zastawnych galicyjskiego towarzystwa kredytowego wraz z kuponami, a to według ostatniego krakowskiego kursu, jaki w gazecie krakowskiéj notowany będzie.

Reszta warunków, wyciąg hypoteczny i akt oszacowania w registraturze sądowéj przejrzane być mogą.

O tém zawiadamia się obydwie strony i wierzycieli hypotecznych z miejsca pobytu wiadomych do własnych rąk, zaś tych wierzycieli, którzyby pd dniu 16. listopada 1865 do hipoteki weszli lub którymby rezolucya obecna przed terminem licytacyi wcale nie lub dosyć na czas doręczoną być nie mogła, na ręce kuratora, którego im się w osobie p. adwokata Dra. Machalskiego z substytucyą p. adwokata Dra. Schönborna wyznacza.

Kraków duia 18. Grudnia 1865.

L. 825. **Obwieszczenie.** (150. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Mojżesz Rittermann przeciw pp. Józefowi Kotarskiemu i Adamowi Osieckiemu względem zapłacenia sumy wekslowéj 1050 złr. z przyn. pod dniem 15 stycznia 1866 l. 825 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, wskutek czego nakaz zapłaty pod dniem dzisiejszym został uchwalony.

Ponieważ pobyt zapozwanego Adama Osieckiego jest niewiadomy, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanego tutejszego p. adw. Dra. Bandrowskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy wekslowéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanemu, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub téż innego obrońcę obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczéj z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 18 stycznia 1866.

L. 20. **Edykt.** (154 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski publicznie ogłasza, iż celem zaspokojenia $^{2}/_{3}$ części ceny kupna, przedanych $^{4}/_{5}$ części dóbr Gorzejowy górnéj i średniéj w kwocie 6430 Złr. wal. austr. tudzież procentów 5% od téjże części ceny kupna za czas od 19 grudnia 1864 się należących, nareszcie kosztów egzekucyi, panu Bolesławowi Goławskiemu w ilości 10 Złr. 30 kr. a p. Franciszkowi Ksaw. Zassowskiemu w ilości 20 Złr. 87 kr. wal. austr. przyznanych, relicytacyę $^{4}/_{5}$ części dóbr Gorzejowy górnéj i średniéj na koszt i niebezpieczeństwo niedotrzymującéj kontraktu nabywczyni pani Ludwiki Machnickiéj pod warunkami, edyktem z dnia 31 grudnia 1864 L. 16737 ogłoszonemi w jednym terminie a to w dniu 19 marca 1866 o godzinie 10 zrana z tém dozwala dołożeniem, iż owe części rzeczonych dóbr w powyższym terminie i niżéj ceny szacunkowéj w sumie 35684 Złr. 12 kr. w. a. wyposrodkowanéj, za złożeniem wadyum w kwocie 1780 Złr. w. a. gotówką w galicyjskich listach zastawnych lub w obligacyach indemnizacyjnych i innych papierach rządowych, według ich wartości kursowéj zostaną sprzedane.

Celem przeglądu reszty warunków licytacyi, wyciągu hipotecznego i aktu oszacowania odséła się chęć kupienia mających do t. s. registratury.

O czém strony w sporze będące, nabywczynię pomienionych części dóbr, wierzycieli hipotecznych, wierzycieli z życia i miejsca pobytu niewiadomych, jako to: Annę Pochorecką i jéj dzieci, Salomeję, Józefa, i Leopolda Pochoreckich, jako reprezentantów pozostałości po Zuzannie Krzyżanowskiéj, nieznajomych pupillów Jana Pochoreckiego, Kajetana i Antoninę Witowskich, Felicyę i Maryannę Witowskie, Apolonię Szachłacką, Feliksa Dyzmę 2 imion Witowskiego i Jana Gumińskiego, tudzież wszystkich wierzycieli, którzy, z wierzytelnościami swemi poźniéj do hipoteki weszli lub którymby obecną uchwałę z jakiegokolwiek bądź powodu niedoręczono, przez ustanowionego kuratora p. adw. Dr. Bandrowskiego z substytucyą p. adw. Dra. Jarockiego i przez edykta zawiadamia się.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 11 stycznia 1866.

Nr. 1712. **Edict.** (158. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem J. Frühling mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Osias Weiss unterm 27. Jänner 1866 wegen Zahlung der Wechselsumme von 340 fl. ö. Währ. die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 29. Jänner 1866 der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten J. Frühling unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Advocaten Dr. Hoborski mit Substituirung des Hrn. Landes-Advocaten Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 29. Jänner 1866.

Nr. 526. **Edict.** (155. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Stanislaus Baron Konopka, Scheindel Bau wegen Bezahlung der Wechselsumme von 1000 fl. ö. W. s. N. G. am 30. Mai 1865 z. Z. 7934 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag vom 1. Juni 1865, Z. 7934, erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Herrn Stanislaus Baron Konopka unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu Tarnow zur Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Hrn. Dr. Kaczkowski mit Substituirung des Landesadvocaten Hrn. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, den 15. Jänner 1866.

Z. 1256. **Edict.** (156. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Stanislaus Baron Konopka mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Mirl Hirsch wegen Zahlung der Wechsel-Summe per 2000 fl. s. N. G. unterm 22. Jänner 1866 Z. 1256 die Wechsel-Klage angebracht und um Erlassung der Zahlungsauflage gebeten, worüber mit h. g. Beschlusse vom Heutigen die Zahlungsauflage erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Stanislaus Baron Konopka unbekannt ist, so hat das Tarnower k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Dr. Kaczkowski mit Substituirung des Advocaten Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, 25. Jänner 1866.

Z. 20256. **Edict.** (168. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es werde der über das gesammte Vermögen des Chaim Kleinhändler, Hauseigenthümers und Productenhändlers unterm 22. Juni 1865 z. Z. 7912 eröffnete Concurs, in Gemäßheit hoher Entscheidung des k. k. Krakauer Oberlandesgerichtes vom 14. November 1865 Z. 15595 unter Einem aufgehoben.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 11. Jänner 1866.

Z. 1004. **Kundmachung.** (152. 2-3)

Mit 1. März 1866 tritt im Marktorte Uścieszko eine k. k. Postexpedition ins Leben.

Dieselbe wird sich mit dem Briefpost-Dienste und mit der postämtlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Werthsendungen bis zum Einzelngewichte von 3 Pfund zu befassen und mit dem Postamte Tłuste zum Anschluße an die und von den Malleposten Lemberg-Czernowitz und Czernowitz-Lemberg mittelst täglichen Fußbotenposten mit nachfolgender Coursordnung in Verbindung zu stehen haben:

Von Uścieszko
täglich um 3½ Uhr Nachm.
In Tłuste
täglich um 6½ Uhr Abends.
Von Tłuste
täglich um 6 Uhr Früh.
In Uścieszko
täglich um 9 Uhr Vormittags.

Die Entfernung zwischen Uścieszko und Tłuste beträgt 2 Meilen.

Der Bestellungsbezirk der Postexpedition Uścieszko hat aus folgenden Orten zu bestehen:

a) im politischen Bezirke Uścieszko: Czerwonogród, Iwańce, Nagorzany, Nyskow, Słonne, Szutromińce, Torskie und Uścieszko.
b) im politischen Bezirke Jazłowiec: Drohyczówka, Latacz, Sadki.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 4. Februar 1866.

L. 3567. **Obwieszczenie.** (170. 2-3)

C. k. Sąd powiatowy w Podgórzu podaje do wiadomości, że na dniu 3 marca, 7 kwietnia i 5 maja 1866 roku, każdą razą o godzinie 10 przed południem, przedsięwziętą będzie w Podstolicach w drodze licytacyi publicznej przymusowa sprzedaż realności pod nr. 41 w Podstolicach położonéj, składającéj się z domu, stodoły i gruntu w objętości 4 morgów 992 kw. sążni, oraz jednego konia i czterech krów, a to na zaspokojenie sumy 404 złr. 25 kr. w. a. z przyn. Stanisławowi Kozłowi przeciw spadkobiercom ś. p. Andrzeja Bały przyznanych.

Cena szacunkowa realności wynosi 260 złr. w. a., cena szacunkowa konia i krów łącznie wynosi 205 złr. wal. austr.

Realność ryczałtowo, koń i krowy zaś pojedynczo będą sprzedawane.

Przystępujący do licytacyi realności będą obowiązani złożyć do rąk komisyi licytacyjnéj 10% ceny szacunkowéj jako wadyum.

Przy pierwszych dwóch terminach nastąpi sprzedaż tylko za cenę szacunkową lub cenę wyższą, przy trzecim terminie także poniżéj ceny szacunkowéj.

Warunki licytacyi w całéj swéj osnowie w registraturze sądowéj przejrzane lub w odpisie wyjęte być mogą.

Podgórze, dnia 18 grudnia 1865.

Nr. 3955. **Edict.** (179. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Sokołów wird bekannt gemacht, es sei Moses Schütz im Jahre 1861 und Sara Blume Schütz im Jahre 1840, beide ohne eine Verfügung auf den Todesfall in Sokołów verstorben. Da dem k. k. Bezirksgerichte der nunmehrige Aufenthaltsort des zur Erbschaft berufenen Markus Abraham Schütz nicht bekannt ist, wird derselbe aufgefordert, binnen Einem Jahre und 6 Wochen bei diesem k. k. Bezirksamte als Gerichte sich anzumelden, widrigens die Nachlaßabhandlung mit dem unter Einem behufs Wahrung seiner Rechte aufgestellten Curator Hr. Jakob Schindelheim aus Sokołów abgehandelt werden wird.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Sokołów, den 19. Dezember 1865.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**